

Arbeiter-Zeitung

Preis 10 M.

Verlag: Die Arbeiter-Zeitung, Berlin, Unter den Eichen 10. W. Eingetragene Nummer 10 W. 11. Jahrg. Nummer 16. Preis 10 M. Die Arbeiter-Zeitung ist eine der größten Arbeiterzeitungen Deutschlands. Sie ist die Stimme der Arbeiterklasse und der Kampfgenossen. Sie ist die Zeitung der Arbeiter-Zeitung, die die Interessen der Arbeiterklasse vertritt. Sie ist die Zeitung der Arbeiter-Zeitung, die die Interessen der Arbeiterklasse vertritt.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schockländer (März 1920 ermordet)

Verlag: Die Arbeiter-Zeitung, Berlin, Unter den Eichen 10. W. Eingetragene Nummer 10 W. 11. Jahrg. Nummer 16. Preis 10 M. Die Arbeiter-Zeitung ist eine der größten Arbeiterzeitungen Deutschlands. Sie ist die Stimme der Arbeiterklasse und der Kampfgenossen. Sie ist die Zeitung der Arbeiter-Zeitung, die die Interessen der Arbeiterklasse vertritt.

Kampfbündnis mit dem roten Berlin Massenaufmarsch mit der KPD. am 1. Mai!

Die Augen der Arbeiter sind auf Berlin gerichtet. Das Geschehen in den Großbetrieben des Reiches, in den Industriezentren, überall, wo Arbeiter diskutieren, lautet: Was wird am 1. Mai in Berlin? Und nicht nur die Arbeiter, auch die Bourgeoisie ist sich der Tragweite der Ereignisse, die sich am 1. Mai in Berlin abspielen werden, wohl bewusst. Daher die schmutzig-schlammige Flut der täglichen Artikel gegen die kommunistische Partei in der gesamten bürgerlich-sozialdemokratischen Presse. Daher die einmütige Solidarität von Westarp und Eugenberg bis zu den Demokraten, von der Bourgeoisie bis zu den „linken“ Sozialdemokraten mit dem faschistischen Zörgiebel-Verbot.

tionären Klassenkampfes aufmarschiert! Befindet vor dem 1. Mai und am 1. Mai eure Solidarität mit den Arbeitern des roten Berlin! Protestiert überall gegen das geplante Zörgiebel-Blutbad. Errichtet die kämpfende Millionenfront gegen die Beuterkultur und Sozialfaschismus, für die proletarische Diktatur und den Sozialismus!

tationären Klassenkampfes aufmarschiert! Befindet vor dem 1. Mai und am 1. Mai eure Solidarität mit den Arbeitern des roten Berlin! Protestiert überall gegen das geplante Zörgiebel-Blutbad. Errichtet die kämpfende Millionenfront gegen die Beuterkultur und Sozialfaschismus, für die proletarische Diktatur und den Sozialismus!

Bourgeoisie und Sozialdemokratie rechnen mit einem Blutbad am 1. Mai

Sie verlinken es in fetten Überschriften in ihrer Presse. Die gesamte Verleumdungshege soll nur dazu dienen, die Verantwortung für die blutige Niederschlagung der Maidemonstration der Berliner Arbeiterschaft auf die Kommunisten abzumwälzen. Zu diesem Zweck werden die Kommunisten vom „Vorwärts“ und von der übrigen sozialdemokratischen Presse täglich als „Raubtiere“ und „Mauskolbe“ beschimpft. Genau in derselben Weise, genau mit denselben Worten wie die Jagd-Polizei im wilhelminischen Deutschland bei den Demonstrationen des Proletariats vom „roten Gefindel“ sprach, wird jetzt von den Sozialfaschisten über die revolutionären Arbeiter geschrieben. Die Ausbeuterpresse und die SPD. fragen: Wird die KPD. es wagen, am 1. Mai in Berlin trotz Verbot zu demonstrieren?

Wie sie vor der „sterbenden KPD.“ zittern!

Die Schwerindustrie „Deutsche Bergwerkszeitung“ veröffentlichte am Sonnabend einen Zeitartikel, aus dem folgende Stellen ohne Kommentar wiedergeben:
„Es ist bekannt, in wie erstaunlichem Maße die Rabialisierung der Arbeiterklasse in den Betrieben zunimmt. Die Kommunisten erreichten bereits die Mehrheit bei den Berliner Betriebsrätewahlen. . . . Bei solcher Verhältnisse liegt jetzt schon die Gefahr nahe, daß bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen im Herbst die kommunistische Partei als die stärkste ins Rathaus einzuziehen wird. . . . Im Zusammenhang wird auch in der Öffentlichkeit die Rabialisierung zunehmen. Deutschland wird zum Schauplatz blutiger sozialer Kämpfe in einer Weise, die der europäischen Gesellschaft nicht gleichgültig sein kann.“

Die Arbeitererschaft stellt die Frage anders. Sie fragt: Wird Zörgiebel, wird die SPD. es wagen, die Demonstration der Arbeitererschaft mit einem Blutbade zu beantworten? Wird Zörgiebel es wagen, das faschistische Verbot aufrechtzuerhalten?

Was sagen die Arbeiter im Reich zu dem Polizeifeldzug der Sozialdemokratie gegen die Maidemonstration? Die Empörung über Zörgiebel ist allgemein. Sie macht auch bei den sozialdemokratischen Betriebsarbeitern nicht Halt. Was aber die letzteren noch nicht begriffen haben, ist, daß es sich nicht um eine lokale Berliner Aktion, um einen Schandplan Zörgiebels, sondern um eine Aktion der gesamten Sozialdemokratie und reformistischen Gewerkschaftsbürokratie handelt. Auch die Folgen der geplanten blutigen Niederschlagung des Berliner Proletariats wären für das ganze Reich unabsehbar. — Nach Berlin soll in allen Städten, in Stadt und Land, das Recht der Arbeiterschaft auf die Straße geräumt werden.

Gastrieg und Bombenflugzeuge bleiben

Genf, 24. April. In der vorbereitenden Abrüstungskommission wurde nach vierstündiger Debatte ein deutscher Antrag abgelehnt, der besagt, „den Abwurf von Kampfmitteln jeder Art aus der Luft durch Luftfahrzeuge, sowie die Verwendung von drahtlos gelenkten Luftfahrzeugen zum Transport von Explosivgasen oder Brandstoffen zu verbieten“.
Der deutsche Imperialismus gefällt sich hier wieder einmal in der Rolle des Friedenshüters, der durch ein Verbot die vorhergehenden Einwirkungen des Gastrieges beseitigen will. Unnötig zu betonen, daß der deutsche Imperialismus in Wirklichkeit gar nicht daran denkt, und er solche Manöver nur ausführt, weil auf Grund des Friedensvertrages von Versailles Deutschland in seinen Giftgasrüstungen vorläufig beschränkt ist und solche Manöver als Druckmittel gegenüber den anderen imperialistischen Ländern benutzt.

Nur Rußland, China, Schweden und die Niederlande stimmten für den deutschen Antrag, während England, Frankreich und andere diesen Antrag ablehnten. Um den Einbruch in die Öffentlichkeit abzumildern, der hervorgerufen wird durch die Ablehnung des deutschen Antrages, ließen die imperialistischen Vertreter Englands, Frankreichs und ihrer Trabanten in der Kommission sofort beschließen, daß die Ablehnung nicht ausbleiben darf, sondern solle damit der Gebrauch von Luftbomben gegen die Zivilbevölkerung gutgeheißen werden. Diese diplomatischen Tricks sind die üblichen Bevölkerung durchschauern. — Die Abrüstungskommission, die die Arbeiterschaft der ganzen Welt die Heuchelei der Friedenspolitik im kommenden imperialistischen Kriege alle zu offenbaren und Chemie zur Massenvernichtung von Proletariatskinderen zu ermöglichen.

So steht das Berliner Proletariat am 1. Mai auf vorgeschobenem Posten. Es führt den Kampf gegen die Diktaturpläne der Ausbeuterklasse, gegen Sozialfaschismus und Belagerungszustand im Interesse, im Namen der gesamten deutschen Arbeiterschaft im Reich. Daher darf es auch der Bourgeoisie und den Polizeisozialisten nicht gelingen, Berlin vom Reich zu isolieren.

An den Schandpfahl die Kirchensozialisten

Sie bewilligen 86 Millionen Zuschüsse für die Kirche

(Fig. Ber.) Berlin, 24. April.

Bei den am Mittwoch im Landtag begonnenen Abstimmungen zum Unterrichtshaushalt haben die Sozialdemokraten in namentlicher Abstimmung sämtliche Zuschüsse für die Kirche in Höhe von 86 Millionen bewilligt!

Durch die Ablehnung des großen Streichungsantrages der Kommunisten fiel auch der Antrag, diese Millionen für das proletarische Kind zu verwenden. Nach dem Willen der Sozialdemokraten entfällt dieser Etat

keine Mittel für Kinderspeisungen, für Waldschulen, für Kindergärten, für freie Lernmittel, für Verbesserung der jämmerlichen hygienischen Einrichtungen der Schulen.

Ebenso wie den proletarischen Volksschulkindern ging es den bedürftigen höheren Schülern, Studenten, Künstlern und Junglehrern. Sämtliche kommunistischen Anträge auf Erfüllung dieser Forderungen verfielen der Ablehnung! Es bleibt bei ganzen 100 000 Mk. für Erziehungsbeihilfen, bei ganzen 720 500 Mk. für Studienbeihilfen, bei 50 000 Mk. für arme Musiker.

Auch der kommunistische Antrag, für die in der Berliner Arbeiterschaft rühmlichst bekannte Gefangenschaft Rosberry d'Argutoz wenigstens lumpige 1000 Mark zu bewilligen, wurde abgelehnt.

Und das alles mit Hilfe der Sozialdemokraten!

Dafür aber ist der Beschluß des Hauptausschusses, den privaten höheren Schulen, also den Röchtern der Bourgeoisie, eine halbe Million weniger zuzuschlagen, gefallen! Als aber bei der Streichung über zwei neue Ministerialratsposten der Präsident eine Mehrheit für die Streichung zustande bekam, bekam der Sozialdemokrat Heilmann einen Wutanfall, und fünf Minuten tobten

die Koalitionsbrüder gegen das „hohe Budget“. Aber die schwundenen fetten Posten. Das sind ihre Sorgen! Die weiteren Abstimmungen über die Aufhebung des Verbot werden das empörende, aufreizende Budget der Koalition abwerten und Postenjägern verbollständigen.

Vom Tage

Wie die „Telegraphen-Union“ berichtet, wurde am 24. April die Polizei im Zentrum Berlins gegen die Demonstration der Arbeiter, die gegen das Demonstrationenverbot demonstrieren wollten, zu menden zehn Teilnehmer festgenommen. (Wegen Verstoßes nicht vor.)

Die südslawische Exerzierregiment, die meldet, sämtliche Kundgebungen und Feiern am 1. Mai zu verbieten. Das englische Parlament wird am 10. April abgehalten. Als Bahrtag wurde der 30. März angesetzt.

Infolge der Weigerung des österreichischen Reichspräsidenten eine Kandidatur Dr. Wittelsberger zu unterstützen, hat die österreichische Kabinettkrisis weiter angehalten.

In Bombay kam es am Mittwoch wieder zu einem Zusammenstoß zwischen Hindus und Moslems, die von den englischen Behörden auseinandergeführt werden. Es wurden fünf Verletzte gemeldet und ein Verletzter.

Das Luftschiff „Zeppelin“ das sich auf der Fahrt befindet, überflog gestern die Ostsee und wurde von der Meerenge von Gibraltar.

Die Polizei des sozialdemokratischen Reiches wird eine März-Feier in Berlin abgelehnt. Die Monarchisten und Militärgelehrten haben Heinrich, die gestern stattgefunden, in der Berliner Arbeiter-Stahlhelm-Liga.

Arbeiter und Arbeiterinnen in ganz Deutschland! Kampfs! Schließt das Kampfbündnis mit dem Berliner Proletariat, das am 1. Mai unter den Losungen des revolu-

Arbeiterliche und Sozialdemokraten gegen Wochenlöhne

(Sig. Ber.) Berlin, 25. April.

In der Mittwochs-Sitzung des Reichstages wird die Debatte über den Haushalt für Versorgung und Ruhegehalt fortgesetzt. In der Abstimmung dazu wird der kommunistische Antrag, die Summe für Versorgungsgebühren um 80 Millionen zu erhöhen zum Zwecke der Wiedereingliederung der 10- und 20-prozentigen Kriegswitwen, von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschen nationalen abgelehnt. Ein Evidenzantrag, die Summe, wie im Haushalt angesetzt, zu belassen und nicht 25 Millionen abzugeben, wurde ebenfalls von den gleichen Parteien niedergestimmt. Abgelehnt wurde auch gegen die Stimmen der Kommunisten die beantragte Erhöhung der Versorgungsgebühren für die Hinterbliebenen und die Streichung des Betrages von 420.000 Mark als Übergangslösung für Angehörige militärischer Orden. Nach Erledigung des Haushalts des Rechnungshofes und des Reichsparlamentars sowie des Haushalts der Reichsämter, wird in die Beratung des mündlichen Berichtes des 9. Ausschusses über den Schutz der Schwangeren und Stillenden eingetreten.

Die Vertrauensabgeordnete Frau Leusch gibt den Bericht des Ausschusses, wozu als erste Rednerin die Sozialdemokratin Schröder spricht, die die Vorlage in den Himmel hebt und von den „riesigen Erfolgen“ der sozialdemokratischen Sozialpolitik faselt. Für die kommunistische Fraktion spricht darauf unter großer Aufmerksamkeit des Hauses Genosin Oberlach und stellt eine Reihe von Anträgen.

(Die Rede der Genosin Oberlach werden wir in der nächsten Frauenbeilage veröffentlichen. D. Red.)

In der Abstimmung werden die kommunistischen Anträge zum Schutz der Schwangeren abgelehnt. Auch die Evidenzanträge, den Schwangeren 50 Prozent ihres Grundlohnes als Wochenlohn und als Stillgeld 40 Pfg. pro Tag zu bewilligen, werden von der Einheitssront der Sozialdemokraten bis zu den Deutschen nationalen abgelehnt.

Zum Schluss der Sitzung fordern die Kommunisten, daß der Antrag, die Verhandlungen der Reichsarbeiter sofort wieder aufzunehmen, ohne Debatte dem Haushaltsausschuß überwiesen wird. Doch selbst gegen die Überweisung an den Ausschuß stimmen unter Führung der Kommunisten die bürgerlichen Parteien mit samt den Sozialdemokraten. Nächste Sitzung Donnerstag nachmittags 8 Uhr.

Das Ende der Reparationskonferenz

„Keine Einigung“ / Ein Redaktionskomitee für den Schlußbericht eingeleitet

Über die Vollziehung des Sachverständigenausschusses vom Dienstag wird folgende amtliche Mitteilung ausgeben: „Dem Komitee wurde der Bericht des Unterausschusses der letzten Woche vorgelegt, mit der Feststellung, daß über die Ziffern keine Einigung erzielt werden konnte. Der Bericht wird zu den Akten der Konferenz genommen.“

Darauf beschloß der Sachverständigenausschuß einstimmig, daß ein Unterausschuß gebildet werden soll, der den Auftrag hat, Richtlinien, die in einem Bericht aufgenommen werden sollen. Dieser Unterausschuß soll aus den ersten Delegierten der Gruppe gebildet werden.

Der Ausschluß mit den Fragen, über die bereits Beschlüsse gefaßt wurden, sollen von allen Gruppen gleichberechtigt gemacht werden, um auch über die Punkte zu gelangen, über die keine Verständigung erzielt werden konnte.

Man erwartet, daß mit diesem Vorgehen nicht nur Zeit gespart wird, sondern daß man durch die Festlegung des Umfangs der erzielten Verständigung auch die Endaufgabe des Komitees fördern wird. Die nächste Vollziehung wird innerhalb angemessener Zeit durch den Vorsitzenden einberufen werden.“

Dieses Kommuniqué ist gleichbedeutend mit dem offiziellen Abschluß der Konferenz. Der „Untersuchungsausschuß“ ist nichts anderes als ein Redaktionskomitee, das die Formel für den Abbruch festlegen soll. Nach dem „Mittw.“ wird dieses Komitee zwei Berichte an die Regierungen, einen Mehrheitsbericht der Gläubiger und einen Minder-

heitsbericht der deutschen Delegation ausarbeiten und dem Plenum vorlegen. Das Blatt wehrt mitzuteilen, daß diese Arbeit etwa zwei Wochen in Anspruch nehmen wird.

Die im Kommuniqué enthaltenen vagen Andeutungen über eine im Redaktionskomitee möglicherweise zu erzielende „Einigung“ über strittige Fragen haben keinerlei Bedeutung. Sie dienen nur dazu, das Risiko der Konferenz zu verschleiern.

Die Pariser Presse betont zu den weiteren Verhandlungen der Sachverständigen, daß die Aussichten, zu einer Einigung zu gelangen, außerordentlich gering seien; die Pressekommentare sind noch pessimistischer geworden. Die einzelnen Delegierten entnehmen zunächst getrennte Berichte über das Ergebnis der bisherigen Beratungen, und dann soll der Versuch unternommen werden, einen einheitlichen Gesamtbericht zustandzubringen. Ob das gelingt, ist sehr fraglich. Die allgemeine Auffassung geht dahin, daß die Konferenz Mitte Mai ihre Arbeiten abschließen wird.

„Der Staatsanwalt schlägt die Mörder“

Verlagung im Sieb-Red-Projekt

Berlin, 24. April. In dem Verleumdungsprozeß gegen den verantwortlichen Redakteur des „Tageworts“, Josef Bornstein, der durch den ganzen Verlauf in Wirklichkeit zu einem Prozeß gegen den Reichsanwalt Jorns geworden ist, beantragte der Staatsanwalt Despenhals eine Geldstrafe von 1000 Mark wegen Verleumdung des Reichsanwalts Jorns. Dem Jorns soll das Recht auf Verleumdung des Urteils in mehreren Tageszeitungen zustehen, die Blätter des inkriminierten Urteils sollen vernichtet werden.

In der Begründung wies der Staatsanwalt darauf hin, daß der Wahrheitsbeweis nicht gelangt sei. Es hätte zwar manches besser gemacht werden können, als es geschehen sei, was auch Jorns selber zugibt. Jedoch könne keine Rede davon sein, daß der Reichsanwalt Jorns das Recht habe heigen oder die Mörder von Karl Liebknecht oder Rosa Luxemburg habe begünstigen wollen.

Ein Zuhörer rief in diesem Augenblick: „Der Staatsanwalt schlägt die Mörder!“, worauf er sofort von der Polizei ergriffen und abgeführt wurde.

Dann wurde der Prozeß verlagert.

Die Großbanken als Darlehnsgeber

Verstärkte Hilfe gegen die Arbeitslosenunterstützung

Berlin, 24. April. Die Verhandlungen der Reichsregierung mit den Banken haben dazu geführt, daß das Reich einen Kredit von 170 Millionen mit einer Laufzeit von drei Monaten erhält. Der Zinssatz beträgt 7 1/2 Prozent, dazu 1/8 Prozent Provision.

Dies bedeutet zunächst ein glänzendes Geschäft der Banken. Bemerkenswert ist, daß die fälligen vierteljährlichen Vorauszahlungen auf Körperschaftsteuer, Einkommensteuer und Umsatzsteuer hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind und die angeblich schwere Lage weiterer Wirtschaftskreise zu erhöhten Steuerforderungen geführt haben. Die Trustkapitalisten wenden hier wieder ihre alte Taktik an, zunächst Steuerforderungen durchzusetzen und sie später niederzuschlagen zu lassen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erblickt eine wesentliche Ursache der augenblicklichen schweren Finanzlage des Reiches in „der verschwenderischen Tätigkeit der Arbeitslosenversicherung“. Die Arbeitslosenversicherung hätte bisher Kredite in Höhe von 330 Millionen benötigt, die vermutlich nie zurückgezahlt werden könnten. „Ein Gesetz“, so schreibt die „DAZ“, „welches das Reich verpflichtet, Kredite in solcher Höhe zu geben, darf nie wieder entstehen und darf auch nicht einen Monat länger in Kraft sein.“

Das heißt mit anderen Worten: auf die Schultern der wertvollen Bevölkerung sollen noch größere Lasten abgewälzt werden, als ohnehin schon für die Arbeitslosenversicherung erforderlich sind.

Wieder ein Brandlerianer bei Roste gelandet

Vor einigen Tagen konnte die sozialdemokratische Presse verkünden, daß der rechte Renegat Karl Rehslein in Hanau endgültig zur SPD gegangen sei. Jetzt meldet sie einen neuen „Triumph“. Nach der Chemnitzer „Volkstimme“ ist in Reichen der Brandlerianer Lewandowski jetzt offiziell zur Sozialdemo-

kratischen Partei übergetreten. Er gab dabei als Rechtfertigung für seinen Diebstahl des Stadtverordnetenmandats eine Erklärung ab, die gleichzeitig offenbart, wohin der Weg aller Liquidatoren und Renegaten führt. Es heißt da u. a.:

„Überzeugt davon, daß die ausgeschlossenen Mitglieder des Parteivorstandes, wenn sie als kommunistische Opposition zur kommenden Landtagswahl mit eigenen Listen auftreten, sich nicht doch besser bewahrt, daß dies der Anfang zur Schaffung einer neuen Partei ist. Ich habe darum die Konsequenzen gezogen, und im Interesse der Einheit der Werktätigen (1) trete ich der SPD bei.“

Dieser Renegat bestätigt nochmals, was an sich kein Geheimnis mehr war, nämlich, daß die Brandler-Deute systematisch einen eigenen Laden aufziehen. Kein Zweifel, daß ihnen die revolutionäre Arbeitererschaft ihre Absicht verfallen wird. In immer größerer Zahl wenden sich ihre ehemaligen Anhänger wieder von ihnen ab, weil sie merken, daß die Politik Brandlers diametral gegen die Interessen des revolutionären Proletariats gerichtet ist und er dem Reformismus Hilfsdienste leistet. Der Weg, den Rehslein, Lewandowski und andere bereits gegangen sind, ist nur die Konsequenz aller jenen Renegaten, die sich von der Komintern abgewandt haben.

Als vor einigen Tagen Rehslein bei der Roste-Partei Landtagswahlversuche des Breslauer Kämpferschen, diesen Schritt ihres Freundes als Betriebsunfall hinzustellen, für den nicht die Brandleristen, sondern die „ultra linke Gewerkschaftspolitik“ der Partei verantwortlich sei. Steffen wird seine trodene Phantasie auf neue Strapazieren müssen, um für die sich häufenden Nebenbeteile führender Brandlerianer zur SPD die passende „Theorie“ zu finden.

Demonstrationsfreiheit in Hamburg erzwungen!

Hamburg, 24. April. Wie die Polizeibehörde unserer Parteiorganisation in Hamburg mitgeteilt hat, ist das gegen die Kommunisten verhängte Demonstrationsverbot zum 1. Mai aufgehoben worden. Diese Entscheidung der Polizeibehörde stellt einen Erfolg der Arbeitererschaft dar, unter deren Druck der Koalitionssensat sich gezwungen sah, von der Durchführung des Demonstrationsverbotes am 1. Mai Abstand zu nehmen. Die Massenproteste aus Arbeiterorganisationen, aus Belegschaften usw. haben einen, wenn auch nur teilweise Erfolg erzielt, da nach dem 1. Mai das Demonstrationsverbot wieder in Kraft treten soll.

Die Hamburger Arbeitererschaft wird am 1. Mai in einer gewaltigen Demonstration aufmarschieren. Nach den Beschüssen, die überall gefaßt werden, läßt sich ein Mäntelzug erwarten, der alle großen Demonstrationen der letzten Zeit in den Schatten stellt und die letzte große Propaganda für das Internationale Treffen des IWF sein wird, das am 19. und 20. Mai in Hamburg stattfindet.

In den preussischen Gebieten um Hamburg und in der ganzen Provinz Schleswig-Holstein besteht nach wie vor das Demonstrationsverbot. Bislang verkannt nichts über die Aufhebung des Demonstrationsverbotes in Schleswig-Holstein, das der Sozialdemokrat Klübitz verhängt hat. Die Arbeitererschaft in der Provinz, die besonders unter dem Faschismus zu leiden hat, wird es sich nicht nehmen lassen, trotz des Verbotes ebenfalls am 1. Mai aufzumarschieren.

Jeder Arbeiter kauft das Mai-Abzeichen der Kommunistischen Partei

BRENNENDE RUHR

Von K. GRÜNBERG

Roman aus dem Kapp-Putsch

Copyright 1929 by Greifenverlag, Rudolf-Habil. L.

„Wir haben die Halbe bei „Deutsche Erde“ gestürmt! Zwei Maschinengewehre erbeutet“, prahlte ein junger Arbeiter.

„Dann wart ihr die, die den Abmarsch auf der Ratinger Straße ins Stoden brachten? — Unterdessen haben die Hamborner zwei Kanonen erbeutet“, schmunzelte der junge Kommunist. „Aber jetzt müßt du mit zum Volkshaus, wo der Volksguard sich über den militärischen Oberleiter schlüssig wird.“

In diesem Augenblick fuhr das Auto vor und die Arbeiter sprangen, noch ehe es richtig hielt, hinaus. Entworn machte ein ungeschickliches Gesicht. „Ich möchte meine Heben Kerle doch jetzt nicht im Stich lassen!“

Große Widerstand. „Duo, der militärische Oberkommandierende aus München, dem wir uns unterstellt haben, ist hier und besteht darauf, daß wir uns eine vernünftige militärische Organisation schaffen. Es sind genug unterwegs, um die Rostes weiterzuführen. Aber was wir brauchen, ist eine richtige rote Armee, die uns ein festes Rückgrat gibt, um den Stolz weiterzuführen, wenn die Kappisten sich setzen. Wir haben eine Unmenge Waffen erbeutet und da müßt das Eintreten der Formationen übernehmen.“

Entworn zauderte noch immer. „Gerade aus dem Grunde wird es gut sein, wenn ich mitfahre, um die Rostes auf dem Landenden zu halten. Das Eintreten laßt du eben so gut vornehmen, da wir ja erst nach der Sache eingehend besprechen haben. Außerdem laßt du die Leute alle besser als ich.“

Die Kumpels auf dem Auto wurden schon ungeduldig und der Chauffeur ließ den Wagen langsam anlaufen.

„Also, hopp, dann Hals- und Beinbruch zur frühlichen Jagd, ich komme dir spätestens morgen früh mit dem formierten Haupttrupp nach“, entließ Grothe, kurz entschlossen ihm die Hand drückend. Ein Daubend Hände strecken sich Entworn beim Aussteigen hilfreich entgegen.

Die Zurückbleibenden schwenkten ihre Köpfe.

„Hoch!“ — „Hoch!“ — „Sch!s ihnen noch ordentlich, Kumpels!“ — „Wir kommen nach!“ riefen sie den Abfahrenden nach. Einzig die rote Kumpel im Bunde.

15. Kapitel

Stehend und schweigend, mit entblößtem Haupte, hörten die Männer den kurzen Nachruf des Volksguardvorsitzenden für die im Kampf gefallenen Proletarier an.

„Aus unserer Mitte ist uns Genosse Kötsfeld entziffen worden. — Fehlt sonst noch jemand?“

„Nur noch Genosse Reefe“, rief der Straßenbahner Schmidt, dessen rechte Hand in einem unförmigen Verband steckte.

„Reife einer was von Reefe? Hat ihn jemand im Kampf wo gesehen?“ fragte Zeitner.

„Der und Kampf? — Der sitzt sicher noch im Keller“, rief eine Stimme, und ein Lächeln huschte über die Gesichter der Arbeitervertreter.

Ein kleiner, lahmlöffiger Mann, der beide Hände auch beim Sprechen nicht aus den Taschen seines Leberjäckers nahm, erhob sich.

„Das ist „Dudo“, räumte man sich gegenseitig zu. Der mysteriöse Kämpfler mit den rotentzündeten Augenlidern und seinem verwahrlosten Keubern machte den Eindruck, als ob er seit acht Tagen nicht mehr aus den Kleidern gekommen sei.

„Genossen, es ist jetzt noch nicht Zeit, die Toten zu beklagen“, begann er mit algenhafter Stimme. „Es werden noch mehr Opfer fallen, ehe wir unser großes Ziel erreicht haben. Damit es so wenig wie möglich werden, müssen wir wenig reden, aber schnell und entschlossen handeln! Soeben kommen drei Mülheimer — sowie eine radfahrende Kompanie aus Etrun durch Ros Düsseldorf sind 1400 Mann unterwegs. Die Swertruper müssen sich anschließen, aber nicht wie eine regellose Hammelherde, sondern straff organisiert und diszipliniert. Ohne dem ist eine rote Armee nicht denkbar. Vor allem müßt ihr jetzt einen militärischen Führer bestimmen.“

„Nehmen wir doch unseren alten Sicherheitsausschuß“, schlug einer vor. — Grothe hat uns Wort. „Gewissen, wir stehen natürlich völlig zur Verfügung, haben auch schon andere Vorkehrungen getroffen. Aber zum eigentlichen Kommando soll man doch irgendmöglich eine Person nehmen, die größere Fachkenntnisse als unser-er besitzt. Ich schlage dafür den Genossen Entworn — ein ehemaliger Offizier — vor, der wohl einigen von euch bekannt sein dürfte.“

„Bravo, Entworn ist der richtige — wo ist er denn?“ rief Duer-jatz, froh, daß ein Sozialdemokrat vorgeschlagen wurde.

„Mit einer Antopassel hinter den Hutläufern her“, antwortete Grothe.

„Ich bürgte für ihn“, rief Ruders.

„Was heißt bürgen? Er hat die Halbe bei „Deutsche Erde“ erkrümt“, rief Zur Linden aufgebracht. Diese Bemerkung gab den Ausschlag für die einstimmige Wahl des in der preussischen Armee degradierten Offiziersstellvertreters Entworn zum Kommandeur des roten Swertruper Bataillons.

Die Ratinger Straße und angrenzenden Viertel waren von dem erbitterten Straßenkampf hart mitgenommen. Über tausend geschlagene Hände bargen die Toten und Verwundeten, sammelten Waffen und Ausrüstungsgegenstände, regten sich zur Beseitigung der Barrikadentrümmer. Währenddessen durchstreiften bewaffnete Arbeiterpatrouillen mit roter Binde am Arm die Straßen, um etwaigen Plünderungen und Aneignungen vorzubeugen.

In der „Lohnhalle“ hatte man für die Gefangenen, die einen bejammernswerten Eindruck machten, eine Sammelstelle eingerichtet. Die meisten der Soldaten, vor allem aber die Offiziere, erwarteten nichts anderes, als daß man sie auf den Hof führen und teilweise erschießen würde. Sie glaubten ihren Ohren nicht zu trauen, als gegen sieben Uhr abends das Kommando erscholl:

„Zu Zweien antreten zum Kaffee- und Botenempfang!“ —

Was aber von den Swertruper Arbeitern sich jung und frisch schloß, das drängte auf den Hof des Gärtchenhagens zu den freiwilligsten. Neben Blutungen, kaum der Schule entwachsenen Burschen, Kumpels mit gebräuntem Rücken und eisgrauem Haar, so selbst Unselbigen, und es gab viel Verdrub, wenn offenkundig Ungeeignete, mit Vertrottung auf später, zurückgewiesen wurden.

Auf dem Hof standen die Eingetragenen Kopf an Kopf. Von einer Bank herunter bemühte sich Grothe, Ordnung in das Chaos zu bringen.

„Ruhe und mal herhören!“ brüllte er. „Alles, was nicht mit der Waffe ausgebildet ist, auf dem hinteren Hof in zwei Gliedern antreten.“

„Sollen wir denn keine Flinten kriegen?“ fragten mehrere argwöhnisch.

„Gewiß, Alterchen, aber man wird euch mit Kollegen zusammenstellen, die euch Beschütz zeigen, damit ihr keine Böcher in die Luft schießt“, antwortete Grothe, gutgelaunt. — Die annähernde Hälfte rückte nach hinten.

(Fortsetzung folgt.)

Wissell schlägt vor:

Abbau der Erwerbslosenunterstützung

Der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wissell hielt am 18. April im Haushaltsausschuß des Reichstages eine Staatsrede, in der er auch seine Pläne in Bezug auf den Abbau der Erwerbslosenunterstützung wiederholte. Nach dem Bericht des „Vorwärts“, den wir absichtlich benützen, um auch den sozialdemokratischen Arbeitern jeden Zweifel zu nehmen, führte Herr Wissell aus:

„Eine wesentliche Entlastung bringt der Reichsanstalt die im vorigen Herbst vom Reichstage beschlossene Sonderregelung der Unterstützung bei berufsunfähiger Arbeitslosigkeit. Es bleibt zu erwägen, ob durch Umgestaltung dieser Sonderregelung eine weitere Entlastung herbeigeführt werden kann oder welche anderen Maßnahmen diesem Ziele zu dienen geeignet sind.“

Wissell bezogt also, daß der Unterstützungsraub an den sogenannten Saisonarbeitslosen der Reichsanstalt große Summen erspart hat. Wissell will auf diesem Wege weiterschreiten. Seine Ausführungen bedeuten, daß er dem Vorschlag der deutschen Volkspartei zustimmt, die beantragt hat, den Saisonarbeitslosen überhaupt keine Unterstützung mehr zu gewähren.

Aber auch den anderen Erwerbslosen soll die Unterstützung abgebaut werden. In Bezug auf die Finanzlage der Reichsanstalt sagte Wissell, „daß die Finanzen der Reichsanstalt auf eine Grundlage gestellt werden müssen, die es der Reichsanstalt ermöglicht, in normalen Zeiten ihre Einnahmen und Ausgaben (auf längere Sicht gesehen) auszugleichen“. Damit kündigt Wissell sowohl die Beitragserhöhung wie den Abbau der Unterstützungslage an.

Zu all diesem kommt noch, daß die Regierungsparteien die Absicht haben, die Krisenfürsorge in kurzer Zeit überhaupt aufzuheben. Die letzte Verordnung über die Krisenfürsorge, die eine geringe Ausdehnung des Personenkreises der Unterstützten gebracht hat, ist bis zum 4. Mai 1929 begrenzt. Der Ausschuß der Regierungsparteien hat nun beschlossen, die Verordnung bis Ende Juni 1929 zu verlängern. Der „Vorwärts“ vom 10. April, der diese Vereinbarung mitteilt, knüpft daran folgende Sätze: „An der Annahme dieser Entschlebung ist nicht zu zweifeln. Sie bedeutet, daß zunächst die Krisenfürsorge in der erweiterten Form verlängert wird und daß vor dem Ablauf dieser Verordnung, also vor Ende Juni, unter den Regierungsparteien eine Vereinbarung getroffen werden muß über das weitere Schicksal der Krisenfürsorge.“

Nach diesen Ausführungen des „Vorwärts“ besteht die Absicht, nicht nur die letzte Ausdehnung des Personenkreises rückgängig zu machen, sondern die ganze Krisenfürsorge ist in Frage gestellt. Wir machen rechtzeitig die Erwerbslosen sowie die Betriebstätigen auf all diese gefährlichen Pläne aufmerksam.

Die Arbeiterschaft muß sich dagegen wehren, daß die Koalitionsregierung die Erwerbslosenunterstützung immer mehr abbaut. Die beste Antwort der Arbeiterschaft ist: Verstärkung des Kampfes um höhere Unterstützungslage und um die Durchsetzung der Unterstützung für alle Erwerbslosen und für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit.

Der 1. Mai in Polen

Massenverhaftungen in Warschau — 30 000 Textilarbeiter in Lodz entlassen

Warschau, 24. April. In Warschau dauern die Unterdrückungen der Arbeiterschaft im Zusammenhang mit den Vorbereitungen zur Matzeier weiter an. Am 20. April wurden über 100 Personen verhaftet und der kommunistischen Tätigkeit beschuldigt. Auch auf

den Beschlüssen wurde eine Mäzja durchgeführt, wobei zahlreiche auf der Flucht eingetroffene Personen verhaftet wurden.

Die Behörden haben eine Bekanntmachung erlassen, daß die Matzumlage mit Ausnahme der regierungsfreundlichen gestattet seien (1).

Infolgedessen hat die Warschauer Organisation der SPD in diesem Jahre von Demonstrationen zur Matzumlage-entgeltlich abgesehen und beschloß, sich lediglich auf Bezirksversammlungen in geschlossenen Räumen zu beschränken. Auch der „Lud“ und „Poas Zion“ veranstalten in diesem Jahre keine Matzumlagen.

Die SPD ruft die Arbeiter zu Massendemonstrationen gegen das tschakische Regime auf.

Warschau, 24. April. In den Textilfabriken in Lodz wurden 30 000 Arbeiter entlassen im Zusammenhang mit dem Übergang der großen und mittleren Betriebe zur verkürzten Arbeitswoche. Dies hat in den Arbeitervierteln von Lodz große Erregung hervorgerufen. 70 Prozent der gesamten Belegschaft der Textilindustrie stehen vor der Entlassung.

Bei einer Verkürzung der Arbeitswoche auf zwei oder drei Tage sind die Arbeiter dem Hungertod geweiht. Da eine Arbeiterfamilie durchschnittlich aus vier Personen besteht, so sind über 120 000 Personen zum Hungertod verurteilt.

Barmat-Heilmanns neueste Korruption

Er „verdient“ in drei Sitzungen 7000 Mk. — So werden die wertvollen Steuerzahler geschädigt

Im Preussischen Landtag wurde ein Korruptionslandal bekannt, in dessen Mittelpunkt wieder einmal der Intimus des Herrn Barmat, S. P. D. Heilmann, steht. Es handelt sich um eine Angelegenheit der Volksbühne.

Diese hat bekanntlich mit der Kroll-Oper im April 1928 einen Vertrag wegen Ueberlassung von Opernvorstellungen abgeschlossen. Der Platzpreis betrug auf Grund einer freiwilligen Erhöhung der Volksbühne 1,75 Mark. Vor längerer Zeit verlangte die Kroll-Oper Erhöhung auf 3 Mark. Es wurde ein unparteiisches Schiedsgericht eingesetzt, das eine Erhöhung auf 3 Mark pro Platz beschloß. Das Schiedsgericht, das unter dem Vorsitz eines Amtsgerichtsrats Dr. Herz tagte, setzte sich aus zwei Vertretern des Bühnenvereins und zwei „Vertrauensmännern“ der Volksbühne zusammen. Für die letztere Funktion wurde der Chefredakteur der „Vossischen Zeitung“, Georg Bernhardt, und — S. P. D. Heilmann ausbezogen.

Runmehr erfährt man aus einer Antwort des preussischen Kultusministers Beder auf eine kleine Anfrage, daß die Kosten dieses Schiedspruches 55 440 Mark betragen, von denen der Staat, d. h. die Steuerzahler, 43 860 Mark und die Volksbühne 11 580 Mark zahlen müssen.

Von dieser Summe hat Heilmann, ebenso wie die übrigen Schiedsrichter, nicht weniger als 10 985 Mark bezogen.

Die Tätigkeit, für die er diese Summe erhielt, bestand in der Wahrung von drei Sitzungen. In der Landtagsitzung am Dienstag versuchte sich Heilmann damit zu entschuldigen, daß er sowohl wie Georg Bernhardt der Volksbühne je 4000 Mark zur Verfügung gegeben hätten. Das spricht zwar für das schlechte Gewissen des Barmat-Feldens, ändert aber nichts an der Tatsache, daß er noch immer annähernd 7000 Mark für drei Sitzungen von wenigen Stunden eingestekt hat.

Dieser Skandal wird noch durch die blamable Tatsache verstärkt, daß die Volksbühne überhaupt Leute vom Schlage des Heilmann und Georg Bernhardt als Vertrauensmänner zum Schiedsgericht entsenden konnte. Herr Heilmann ist ja mit diesem neuesten Korruptionslandal nur seinem bisherigen schlechten Ruf treu geblieben. Was sagen die Volksbühnenmitglieder, was sagen die Berliner Steuerzahler dazu? Bekanntlich bedarf ja die Volksbühne dauernder Zuschüsse von der Stadt Berlin. Angesichts dieses Heilmann-Methoden wundert man sich darüber nicht mehr.

Wir sind neugierig, ob nun endlich die SPD den Korruptionisten Heilmann vom Posten eines Führers ihrer preussischen Landtagspolitik entfernen wird. Wir sagen heute schon voraus, daß die SPD Heilmanns Korruption beden und sich mit ihm solidarisieren wird. Was aber sagen die SPD-Arbeiter dazu?



Wir geben Ihnen Referenzen auf

BULGARIA STERN

Sie sollen uns gar nicht blindlings vertrauen, Sie sollen die Mehrzahl aller Raucher Sachsens, dem Heimatlande der Zigaretten-Industrie, fragen. Die Statistik zeigt, daß 60% aller Raucher in diesem Lande

Bulgaria-Zigaretten rauchen.

Dies ist wahrlich ein Volksentscheid, der die überragende Qualität unserer Zigaretten beweist. Wie kann es auch anders sein, wenn man in einer 4 Pfg. Zigarette wie

Bulgaria-Stern

Tabake verarbeitet, die sonst nur für weit teurere Marken Verwendung finden.



Am 1. Mai:

Schert euch um die SPD!

Die Massenarbeitslosigkeit wächst und bleibt eine ständige Erscheinung in der jetzigen Periode...

Ihre Tätigkeit in der Koalitionsregierung, ihre Mithilfe bei dem sozialen und privaten Schulungswesen...

Die erbärmliche Haltung der sozialdemokratischen Führer gegenüber den Erwerbslosen trat besonders in Erscheinung bei den Verhandlungen des Reichstags...

Der Kampf der Erwerbslosen gegen ihre vollständige Vereindung findet den schärfsten Widerstand des Unternehmerstaates...

Gewerkschaftsführer. Die Verfolgung der in der Erwerbslosenbewegung tätigen Proletarier - Ausschluß aus den Gewerkschaften...

Der Diktator der Unternehmer und der reformistischen Führer muß der Kampf um die politische und ökonomische Macht...

Führung der Kommunistischen Partei

für folgende Forderungen:

- Für Arbeit und Brot! Für ausreichende Unterstützung aller Erwerbslosen auf Kosten der Unternehmer! Gegen den Unterdrückungsdruck des Arbeitslosenvereindungsgesetzes!

Öffentliche Fürsorge

Auf Grund der Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924...

§ 1: Die Fürsorge hat die Aufgabe, dem Hilfsbedürftigen den notwendigen Lebensbedarf zu gewährleisten...

§ 2: Die Fürsorge hat rechtzeitig einzusetzen; sie ist nicht von einem Antrag abhängig...

§ 3: Die Fürsorge hat nachhaltig entgegenwirken und zu verhütende Maßnahmen zu ergreifen...

§ 4: Die Fürsorge hat auch Einrichtungen für Hilfsbedürftige, wie zum Beispiel Erwerbsbeschäftigung, zu fördern...

§ 5: Die Fürsorge hat über den notwendigen Lebensbedarf für unterhaltberechtigten Angehörigen nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln beschaffen kann...

§ 6: Zu den notwendigen Unterhalt gehören: a) der Unterhalt, insbesondere Unterkunft, Nahrung, Kleidung...

b) Krankenpflege sowie Hilfe zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit;

c) Hilfe für Schwangere und Wöchnerinnen; außerdem

d) bei Minderjährigen Erziehung und Erwerbsbereitschaft;

e) bei Minder-, Taubstummen und Krüppeln Erwerbsbereitschaft. - Nötigenfalls ist der Behaltungsverwaltung zu beistehen.

§ 7: Jeder Hilfsbedürftige, auch der nicht voll arbeitsfähige, muß seine Arbeitskraft zur Beschaffung des notwendigen Lebensbedarfs für sich und seine unterhaltberechtigten Angehörigen einbringen...

Ob dem Hilfsbedürftigen eine Arbeit billigerweise zugemutet werden kann, soll nach Lebensalter, Gesundheitszustand, häuslichen Verhältnissen und, soweit zugänglich, auch nach der beruflichen Ausbildung beurteilt werden...

Frauen soll Erwerbsarbeit nicht zugemutet werden, wenn dadurch die geordnete Erziehung ihrer Kinder gefährdet würde...

§ 8: Zu den eigenen Mitteln, die der Hilfsbedürftige einbringen kann, gehören die Einkünfte, die er aus dem Betrieb, dem Handel, dem Gewerbe, dem Erwerb, dem Vermögen, dem Kapital, dem Erbe, den Renten, den Pensionen, den Anwartschaften, den Versicherungen, den Darlehenen, den Zinsen, den Dividenden, den Erbschaften, den Vermächtnissen, den Besitztümern, den Pensionen, den Anwartschaften, den Versicherungen, den Darlehenen, den Zinsen, den Dividenden, den Erbschaften, den Vermächtnissen, den Besitztümern...

§ 9: Die Fürsorge soll, besonders bei alten, bei noch nicht erwerbsfähigen und bei erwerbsbeschränkten Personen, die vorherige Bewertung kleiner Vermögen oder Vermögensanteile nicht verlangen, wenn dadurch die Not des Hilfsbedürftigen oder seiner unterhaltberechtigten Angehörigen erheblich verschärft oder zur dauernden Fortsetzung der Erwerbslosigkeit unüberwindlich wird...

Bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit, der Art und des Umfangs der Hilfe bleiben Anwendungen außer Anschlag, die die freie Verfügung über das Vermögen oder die Erwerbsbereitschaft des Hilfsbedürftigen beeinträchtigen oder die Erwerbsbereitschaft des Hilfsbedürftigen beeinträchtigen...

§ 10: Die Fürsorge soll, besonders bei alten, bei noch nicht erwerbsfähigen und bei erwerbsbeschränkten Personen, die vorherige Bewertung kleiner Vermögen oder Vermögensanteile nicht verlangen, wenn dadurch die Not des Hilfsbedürftigen oder seiner unterhaltberechtigten Angehörigen erheblich verschärft oder zur dauernden Fortsetzung der Erwerbslosigkeit unüberwindlich wird...

abhängig machen, die aufgewendeten Kosten zurückzahlen. Dasselbe gilt, wenn der Hilfsbedürftige später Vermögen oder hinreichendes Einkommen zu erwarten hat...

Die Zurückzahlung soll in der Regel nur ausbehalten werden, wenn sie voraussichtlich ohne besondere Härte möglich ist.

Wird Zurückzahlung aus dem Nachlaß ausbehalten, so ist auf unterhaltberechtigten Angehörigen Rücksicht zu nehmen, die beim Tode des Hilfsbedürftigen selbst der öffentlichen Fürsorge anheimfallen würden...

§ 10: Was im Einzelfall im Rahmen des notwendigen Lebens-

Was die Erwerbslosen berichten Wer für die Erwerbslosen eintritt, soll aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden

In der am 20. April stattgefundenen Mitgliederversammlung des Deutschen Verkehrsverbundes Sagan kam unter anderem zur Sprache, daß in der Anfang März stattgefundenen Mitgliederversammlung...

Genosse Seppert sah sich veranlaßt, zu dieser Frage etwas eingehender Stellung zu nehmen und stellte folgendes fest: 1. Vom Erwerbslosenverband werden nicht nur Unorganisierte, sondern alle Erwerbslosen vertreten...

bedarfs (§ 6) an Hilfe zu gewähren ist, hat sich nach der Besonderheit des Falles zu richten...

§ 11: Die Hilfe kann in Geld, Sachleistungen oder persönlicher Hilfe bestehen und in offener oder geschlossener (Anstalts-)Pflanzge währt werden...

§ 12: Schwangeren und Wöchnerinnen (§ 8c) sind, je nach Art und Grad der Hilfsbedürftigkeit ärztliche Behandlung, Ernährungsförderung und Wohnung, Wöchnerinnen, die ihr Kind stillen, außerdem Stillgeld zu gewähren...

§ 13: Bei Arbeitslosen oder offenbar unwirtschaftlichem Verhalten sind die Voraussetzungen der Hilfsbedürftigkeit aufs strengste zu prüfen...

Wird die Fürsorge einem Hilfsbedürftigen gegenüber beschränkt, so ist, soweit möglich, zu prüfen, ob seine Angehörigen oder andere Hilfsbedürftige mitbetroffen werden...

Achtung, Erwerbslosen-Ausschüsse der Provinz Niederschlesien!

Der erweiterte Landes-Erwerbslosenausschuß Schlesiens hat in seiner Sitzung vom 14. April 1929 folgenden Beschluß gefaßt: Jeder Erwerbslosenausschuß hat zur Finanzierung des Landes-Erwerbslosenausschusses 1/2 Pfennig für jedes verkaufte Exemplar...

Ferner wird ersucht, die in der vorigen Erwerbslosenausgabe angeforderten Berichte über den Stand der Erwerbslosenbewegung am Orte einzusenden.

Landes-Erwerbslosenausschuß Schlesiens.

Fragekasten

Anfrage Friedrichsgräß. Von einer bevorstehenden Verfügung ist hier nichts bekannt. Es besteht die Möglichkeit, daß es sich nur um eine Verordnung des Arbeitsamts Döpelin handelt...

Erwerbslosenversammlung einzuberufen trotz Einladung, obwohl solch wichtige Fragen und Punkte zur Behandlung standen wie Saisonarbeiter-Ausnahmengesetz, Weihnachtshilfe, Krisenfürsorgebestimmung...

Aus all diesen Tatsachen ersehen die Saganer Arbeitslosen, daß nur der Erwerbslosenausschuß entschieden ihre Interessen vertritt. Deshalb müssen sie sich geschlossen hinter ihn stellen...

Breslau Am 1. Mai heraus!

Jeder Breslauer Erwerbslose und Koalitionsarbeiter beteiligt sich an der Maidemonstration und den Abendveranstaltungen der kommunistischen Partei.

- Abmarsch 9 Uhr vom Brodamer Platz. Radeberg: Abmarsch 9.30 Uhr vom Danzschulplatz. Nord: Abmarsch 9.30 Uhr vom Weihenburger Platz. West: Abmarsch 8.30 Uhr vom Striegener Platz. Süd: Abmarsch 9.30 Uhr von der Friedrichsgräß, Ecke Goldsteinallee. Am 10.30 Uhr Massenkundgebung am Schlegelwerderplatz. Abendveranstaltungen ab 16 Uhr: „Goldener Anker“, Radebergstraße (Endstation der Linie 16) Gassmann, Döpelwitzerstraße, Anhalt, Ostw., „Metropol“, Rosenthal.

Kein Hammerschlag am 1. Mai!

Beteiligt Euch in Massen am Aufmarsch des revolutionären Proletariats um 10.30 Uhr, am Schiedwerderplatz

Sammelplätze:

Breslau-Ost: Abmarsch um 9 Uhr vom Brodower Platz.
„Nordost“ „ 0 1/2 „ „ „ „
„ Nord: „ „ 0 1/2 „ „ „
„ West: „ „ 0 „ „ „
„ Süd: „ „ 0 1/2 „ „ „
Restaurant „Goldener Anker“, Bohrerstraße (Endstation der Linie 16)
Doffmann, Bopelwitzstraße / Knoblich, Ostholz / „Metropol“, Rosenfeld

Ab 16 Uhr: Garten- und Saalveranstaltungen in folgenden Lokalen:

Breslau

Ein Verteidiger im Gerichtssaal niedergeschlagen

Nachdem ein von dem Justizrat Wid. verteidigter Angeklagter gestern Mittwochs vormittag in einer Privatklage freigesprochen worden war, ergreift der erregte Kläger, ein Kaufmann K... einen Stuhl und schlägt ihn dem Verteidiger an den Kopf. Der Betroffene sank um, trug aber keine ernstlichen Verletzungen davon. Der Täter wurde von dem Gerichtsvorsteher sofort für drei Tage in Haft genommen. Außerdem wird der niedergeschlagene Verteidiger auch noch Strafantrag stellen.

Ein Bild aus der Ausstellung gestohlen

Am 5. April 1929 ist, wie erst jetzt bekannt wird, in der Ausstellung im Generalkommando eine Zeichnung von Bildentwurf gestohlen worden. Größe 25x20 Zentimeter, unter Glas. Dargestellt waren drei Epochen, die sich über ein auf der Landstraße fahrendes Auto gespannt unterhalten. Die Zeichnung führt den Titel „Schick aus der Stadt“. — Wert 1000 Mark.

Strassenbahnverbindung nach Sawallen

Entsprechend den Eingemeindungsverträgen hat die Stadt Breslau spätestens binnen drei bzw. zwei Jahren nach Inkrafttreten der Eingemeindung die Strassenbahn im Zuge der Matthiasstraße über die Hindenburgbrücke hinaus soweit zu verlängern, daß hiermit auch Sawallen und Friedewalde an das Strassenbahnnetz angeschlossen werden. Als ersten Bauabschnitt hat der Magistrat die Verlängerung der Gleise bis zur Wischelsau-Allee vorgesehen. Durch den Bau dieser Gleisanlage erhält gleichzeitig der östliche Teil von Carlowitz eine bessere Verbindung mit der Stadt. Daneben wird von den Neuen Glanzhofs Werken in Sawallen die Errichtung eines Anschlußgleises von der Wischelsau-Allee bis zu ihrem Werke zum An- und Abtransport der Belegstücke des Wertes gefordert.

Die Kosten betragen zusammen 700 000 Mark. Von der Verwaltung der Strassenbahn müßten davon 600 000 Mark aufgebracht werden und von den Glanzhofs Werken 100 000 Mark. Mit Rücksicht auf die finanzielle Lage der Stadt sind die Neuen Glanzhofs Werke um Vergabe eines langfristigen Darlehens von 600 000 Mk. (auf mindestens fünf Jahre) aufgefordert worden. Sie haben sich dazu bereit erklärt.

Leutche — führt Offizierden!

Wie bekannt wird, wird die Fahrt des Luftschiffes „Oranienburg“ nach Schlesien aller Voraussicht nach am 5. Mai unternommen werden. Das Luftschiff soll über Hirschberg nach Breslau fliegen und von da aus über Begnitz seinen Kurs in Richtung Dresden nehmen. — Normal. Der Anfang zu einer echt deutschen „Dsthilfe“ ist gemacht!

Großfeuer auf der Uferstraße

Gestern Mittwochs, gegen 18.30 Uhr, wurde die Feuerweh von fünf Weibern auf Uferstraße 12 alarmiert, dem Schhaus an der Hirschstraße, in dem ein großer Dachstuhlbrand ausgebrochen war. Die Entstehungsurache des Brandes ist noch unbekannt. Der Angriff der Wehr erfolgte auf drei Wagtraktoren und mit zwei Schlauchgängen über das Treppenhäus. Am Brandort waren insgesamt vier Löschzüge. Es brannte die Hälfte der Bodenlamieren mit ihrem Inhalt aus. Die Aufräumarbeiten dauerten noch bis in die späten Abendstunden.

Notstandsarbeiter!

Der Landes-Erwerbslosen-Ausschuß beabsichtigt, in der nächsten Zeit eine Zusammenfassung der Breslauer Notstandsarbeiter vorzunehmen. Zu diesem Zweck ist es erforderlich, auf allen Baustellen, wo dies noch nicht geschehen ist, sofort einen Obmann zu wählen und dessen Adresse dem Erwerbslosen-Ausschuß mitzuteilen. Der Erwerbslosen-Ausschuß tagt jeden Vormittag von 9 bis 12 Uhr im Lokal von Daniel, Lehmbamm 33/40, Telefon 289 81.

Die Vermählungstagen

Vermählt werden: Der Schneiderlehrling Joachim Döhler, geboren 26. 5. 1912, Delsnerstraße 15a bei der Mutter wohnhaft gewesen. Beschreibung: 1,72 Meter groß, schlank, schwarzes, welliges Haar, langes, bleiches Gesicht. Die Hausangestellte Martha Marschall, geboren 26. 8. 1913, Wilhelmstr. Straße 28, bei Grenz, wohnhaft gewesen. Beschreibung: 1,60 Meter groß, schlank, hellblondes langes Haar, rundes, volles Gesicht. Die Arbeiterin Margarete Gebauer, geboren 13. 5. 1911, Gräbnerstr. Straße 147 im Frauenheim aufhaltend gewesen. Beschreibung: 1,60 Meter groß, hellblonder Kops, blaues Gesicht. — Beachtlich ist, daß alle Vermählten junge, höchstens achtzehnjährige Menschen sind.

Um die Straßate

Der Finanz- und Grundbesitzsausschuß der Stadtverordnetenversammlung haben sich in gemeinschaftlicher Sitzung mit dem Austausch des Fortes und Gutes Kobelwitz gegen die Straßate befaßt und nach eingehender Beratung der Vollversammlung die

Platzkonzert

der Abteilung 4 des NSD. Freitag von 19—20 Uhr am Westpark. Arbeiter von West, erscheint zahlreich.

Polizeiliche Wochenstatistik. In der Woche vom 14. bis 21. 4. wurden 28 Personen in das hiesige Polizeigefängnis eingeliefert, darunter wegen Nordes 1, Einbruchdiebstahls 7, Taschendiebstahls 7, Betruges 3, Hehlerei 1, Körperverletzung 2, Betteln und Arbeitsscheu 2, Groben Unfugs 1, Stehbrieffisch Gejuchte 1, Schußhaft 6.

Brand einer Scheune. Vorgestern nach 12 Uhr wurde die Breslauer Feuerweh zum Landfeuer nach Althofsdorf alarmiert. Hier war eine circa 45x20 Meter große offene Feldscheune mit 200 Zentner Preßholz auf unermittelte Weise in Brand geraten. Das Feuer wurde mit drei Schlauchleitungen von der Breslauer- und Eschewitzer Motorspritze angegriffen, die anderen an der Brandstelle erschienenen sieben freiwilligen Feuerwehren brauchten nicht mehr in Tätigkeit zu treten. Nach vierstündiger Anwesenheit auf der Brandstelle konnte die Breslauer Motorspritze wieder einziehen.

Streik!

Die Brauereien und Mühlen können angeblich keine Lohnerhöhung tragen — trotzdem hohe Dividenden!

Alle Räder stehen still

Die Arbeit in den Breslauer Brauereien ruht! Die Räder der roten Steinmühle, die sonst voller Geräusch und Leben sind. Die Maschinen sind abgestellt. Die Schwaben dunklen Rauches, die sich aus den hohen Schornsteinen wälzen, sind verschwunden. Der Hof ist ausgestorben. Im Straßenleben vermisst man die hohen Bierwagen, die von kräftigen Pferden gezogen, durch die Stadt preschen, um ihre kleinen Bierfässer und Kisten Flaschenbier an die Restaurationen abzuliefern. Auch die großen Autos der Brauereien sind aus dem Straßenbild verschwunden. Sie alle stehen untätig in den Höfen der Brauereien, durch den starken Willen der kämpfenden Arbeiter ausgeschaltet.

Ein anderes Bild: die Streikposten vor den Betrieben. Große kräftige Männer stehen selbstbewußt in Gruppen von zwei oder drei Mann zusammen, unterhalten sich über die Aussichten des Kampfes, über Kollegen, wohl auch über ihre dickbäuchigen, hochfahrenden Chefs. Und lassen dabei ihre Augen schweifen, daß sich kein Unbekannter dem Lure nähert und es durchschreitet. Bisher ist die Front ungetroffen, kein einziger Streikbrecher hat sich gefunden. In der Schultheißbrauerei wollte der Direktor zwei Kontorbüroisten in den Flaschenkeller schicken, wo sie Streikbrecherarbeit verrichten sollten. Da sie es standhaft verweigerten, wurden sie entlassen. Aber das letzte Wort ist noch nicht gesprochen, die Kollegen stehen hinter ihnen. — Die Stimmung der Streikenden ist gut. Auf die Frage, ob viel Lager an Bier vorhanden ist, zuckt ein Streikposten die Achseln und meint: „Wenn schon, wir halten es aus!“ Zu den Streikposten haben sich Polizeipatrullen gefunden, die die Eingänge der Brauereien bewachen. Fürchtet man etwa?

Stillgelegt sind auch die Breslauer Mühlen. Wo sonst die Maschinen summend und ratternd das Korn zu feinstem Mehl zerreiben, es weiterverarbeiten, bis es in den Doppelentersack gelangt ist, alles ruhig. Auch hier hat man jede Lohnerhöhung abgelehnt, trotzdem gerade in der Mühlenindustrie eine scharfe Nationalisierung durchgeführt wurde und die Mühlenlöhnerne mit ihrer Solidarität den Markt beherrschen, und deshalb sehr radikale Gewinne einbringen. An den Anschlagäulen stehen Plakate der Mühlenarbeiter, die darauf hinweisen, daß es nicht nur um Lohnerhöhung geht, sondern auch um Befreiung einer zehn- und zwölfständigen Arbeitsetzzeit.

Brauereiarbeiter, aufgepaßt!

Wie wir schon erfahren, machen die Bierkapitalisten verzweifelte Anstrengungen, einen „Notstreik“ anzuordnen zu lassen. So sind bei Schultze & Söhne, Stalleit und Lehrling, die nicht in den Streik einbezogen sind, zum Bierabfüllen gezwungen worden. Es wurden 180 Kisten gefüllt. — Bei der Engelhardt-Brauerei haben sich zwei Streikbrecher gefunden, und zwar der Kriegsverletzte Knusch und der Meißner Metzger, die, ebenso wie das Fuhrgeschäft Heiß, Bier ausfahren.

Streikende Kollegen! Duldet nicht, daß man eurem Kampf in den Rücken fällt. Verhindert von Anfang an mit allen Mitteln den Streikbruch!

Mühlennunternnehmer suchen Streikbrecher

Die hiesigen bürgerlichen Zeitungen von gestern veröffentlichten ein Inserat, nach dem die Mühlennunternnehmer Müller und Mühlenarbeiter für sofort und dauernde Beschäftigung suchen. Es ist selbstverständlich, daß kein Kollege während des Streiks Arbeit in einer Mühle annehmen darf. Er macht sich sonst des Streikbruches schuldig!

Ein gutes Werbeergebnis —

Wo bleiben die anderen?

Die Streikener Genossen haben in diesen Tagen für die Partei acht und für den NSD, vier neue Mitglieder erworben. Innerhalb der letzten zehn Tage sind demnach 23 neue Kämpfer den Reihen der kommunistischen Partei beigetreten. Die Streikener Genossen — die ihre Werbearbeit selbstverständlich noch weiter fortsetzen werden — dürfen auf deren bisherigen Erfolg stolz sein. Das gute Ergebnis beweist, daß die Situation für eine systematische, energische Werbung günstig ist. Das sollten alle Ortsgruppen des Bezirks sich vor Augen halten und auch ihrerseits sofort Werbeeraktionen durchführen.

Die Breslauer Bevölkerung, die sich Ende Februar 1929 auf 608 882 Einwohner gestellt hatte, betrug Ende März 1929 nach der „Fortschreibung“ des städtischen Statistischen Amtes 607 460. Geborene wurde 893, Gestorbene 883 gemeldet, mithin ergibt sich ein Uberschuß an Geborenen von 10. Die Zahl der Zugezogenen belief sich auf 3659, die der Fortgezogenen auf 4891; woraus sich ein Wanderungsverlust von 1232 errechnet. Zusammen ergibt sich eine Abnahme der Bevölkerung um 1222 Köpfe.

Kapitere haben verloren: Max Weimert, Richard Thiel, Erich Greulich, Angela Weigang.

Mittelschlesien

Reifermüher Sozialdemokraten beteiligen sich mit Deutschnationalen beim Feste

Anschließend an die letzte Gemeindevertreterwahl, in der der „Verdienste“ des Herrn Sägewerks- und Mühlenbesizers Binke während seiner 25-jährigen Tätigkeit in der Gemeinde „zum Wohle der Allgemeinheit“ voller Inbrunst gedacht wurde, fand eine intime Feierlichkeit in Pohls Gasthaus statt. Die Einladungen wurden an die bürgerlichen und sozialdemokratischen Vertreter mündlich erteilt. Kommunisten lud man nicht ein, weil die Herren wußten, daß sich dieselben bei einem Festschmaus mit Bier oder Wein doch nicht torcumperieren lassen. Dafür aber werden sie wegen Beleidigung in öffentlicher Sitzung zum Schiedsman geladen, weil sie das Wort „Ausbeuter“ gebraucht haben. Hoffentlich haben sich die fünf bei der Sauferei anwesenden Sozialdemokraten wieder einmal tüchtig vollgeessen und -getrunken, denn wer weiß, wann es wieder was zu feiern gibt, denn auf Abschieds- und Einführungsfeiern eines Vektors wird wohl vorläufig nicht zu rechnen sein, oder sollte etwa Herr Binke bei der nächsten Sonntag stattfindenden Gründung eines Reichsbanners Führer werden? Dann aber, gesunder SPD-Magen, heran! Alle Arbeiter und Arbeiterinnen aber fordern wir auf, diesen Feiern das Handwerk zu legen und am nächsten Sonntag sich einzureihen in die rote Front, nicht in die schwarzrotgoldene, die von Unternehmern geliebt großgehoppelt wird.

Königsberg. Eisbruchdrama. Bei einem Langvergnügen in Brucksteinen zog im Verlauf von Streitigkeiten ein eifrigerer Steinbrucharbeiter plötzlich einen Revolver und feuerte blind unter die Leute. Ein junger Mann und ein junges Mädchen wurden durch die Schüsse in Arm und Hand verletzt.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

— Stadtteil West. Freitag 19.30 Uhr Sitzung der Partei sowie NSD, Funktionäre bei Priese mit, Weidenburger Straße 33.
— Stadtteil 4 (Süd). Donnerstag 20 Uhr Funktionärssitzung im „Engelhardt-Brau“. Seban, Ade Reudorfstraße.
Breslau. Donnerstag 20 Uhr bei Ende fundierte Mitarbeiterberberatung der Partei und des NSD. Erscheinen aller Genossen und Kameraden im Billa.
Kommunistischer Jugendverband.
Breslau.
— Kalkreuthstraße. Donnerstag 20 Uhr Probe. Mündlich erscheinen!
— Billa. Freitag 19.30 Uhr im „Hotel zur Sonne“ öffentliche Versammlung.

Wald. Ch. Freitag im Jugendheim, Berrättergasse, Heimabend. Höhe sind willkommen.

Gattersberg. Donnerstag im „Goldenen Stern“ bei Hildebrandt, Landeswehr Straße, öffentliche Jugendversammlung.

Jung-Spartakus-Bund

Breslau.
— Gruppe Schottländer. Donnerstag 18 Uhr Genrat, mitgesehen, Versammlung in der „Stadt Kamslau“, Matthiasstraße 219.

Grotte. Donnerstag 17.30 Uhr erscheinen sämtliche Ploniere, die am 1. Mai mitstipeln, in der Versammlung.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau.
— Abt. 8. Freitag 19.30 Uhr Funktionärssitzung mit Partei bei Priese mit, Weidenburger Straße 33.

Waldener. Freitag 19 Uhr im „Eisernen Kreuz“ Kameradschaftsabend.

Rote Jungfront

Breslau.
— Donnerstag 18 Uhr Ueben der Rabelle auf der Bielewits. Städtische Kameraden, die Instrumente besitzen, müssen erscheinen.

— Abt. Köstner. Donnerstag 20 Uhr in der „Stadt Kamslau“, Matthiasstraße, Mitgliederberberatung.

Waldenburg. 1. Abteilung. Freitag 19 Uhr treffen sich alle Kameraden an der Arbeiterweibe in Waldenburg. Bundesleitung Billa.

Roter Frauen- und Mädchenbund

Waldenburg. Donnerstag 19.30 Uhr Kameradschaftsabend bei der Genoffin Krugel, Baudereinststraße 20.

Sonstige Organisationen.

Breslau.
— Neue Hilfe Nordost. Donnerstag 20 Uhr bei Rabier, Grotte, Grotte 67, wichtige Mitgliederberberatung, Funktionäre eine Stunde früher.

— Arbeiter-Operanten-Gruppe. Freitag 20 Uhr Uebungsabend. Um 19 Uhr Vorstandsitzung im Gruppenlokal.



Was gibt es hier denn bloß zu sehen, Daß sovjet Menschenmassen stehen? Nun, deshalb steht man hier in Scharen, Weil Klausners „billiger Tisch“ leert sparn!

Klausner Schuhplage
Ring 22 / I. S. B.
Fahren

Waldenburger Bergland

Wer fñht Madame Dredwacht die Hand?

Ein Gel war aus dem Stalle Gugenbergs hinausgeschlagen. Niemand konnte seinen Gehirnschlamm brauchen, da ging er zur sozialdemokratischen Presse, die ihre Spalten vorzugsweise mit Abfälligkeiten füllt, für die der Bürger keine Verwendung mehr hat. Es nimmt nicht Wunder, daß sich gerade die „Dredwacht“ wie wild auf solche Kostbarkeiten stürzt. Wenn es sich darum handelt, die Schwächen eines Kisterladers der Bourgeoisie zu veröffentlichen, ersticken die Waldenburger Wendehalsen schon vor Demut und Servilität.

Über alle drei Spalten und sechs Zentimeter hoch, denn darunter ist es die „Dredwacht“ bei bewährlichen Angelegenheiten nicht, was die Ueberschrift: „Schätze Ihre Hand, Madame!“ Ein sozialdemokratischer Knigge, namens Alwin Reichmann, reagiert da seine Minderwertigkeitsgefühle unter dem Titel „Der Handluch“ ab.

Damit die sozialdemokratischen Kumpels die vornehme „Benehmtheit“ ihrer Ministergenossen erlernen, will ihnen der Schmod weismachen, daß der Handluch, ebenso wie der Gummiüberschuh und der Selbentrumpf, proletarisiert ist. Sein Latrinengefang führt folgendermaßen fort:

„Aber warum über ihn (den Handluch) spotten? Weil er feudaler Herkunft ist? Weil ihn das Bürgerium nachschäffe und nun das Proletariat dasselbe tut? Dann könnte man auch über das Leichtenloch spotten. Oder über das Hemd. Oder über die weiße Weste, über Lackschuhe, Urlaubstreife, ja über Ministerposten, Weingläser — selbst über den Gebrauch von Klosettpapier. — Und das alles haben wir heute proletarisiert, erobert. Warum nicht auch den Handluch?“

Das haben wir also erobert: die Lackschuhe und die Urlaubstreife, Ministerposten und Weingläser, und schließlich noch das Klosettpapier. Kumpel aus Waldenburg, wenn du Blut aus der Lunge spuckst, dann denke an die „Dredwacht“. Wir haben alles erobert. Wenn du schweißbüchsrüchtrinkt, Löhnen- und ruhmverdrückt aus der Grube kommst, vergiß am Gotteswillen nicht, die abgearbeitete Hand deiner Frau zu küssen, denn du hast dir nach Meinung der „Dredwacht“ nicht nur Lackschuhe und Weingläser, nicht nur Urlaubstreifen, sondern auch den Handluch erobert. Merke dir: Nach Meinung der „Dredwacht“ ist der Handluch das „Filigran der Demokratie“, so wie der Wendemuth ihr Waltherr von der Vogelweide ist.

Aber der Kot quillt weiter aus dem „Dredwacht“-Darm. Die neueste, an Selbstbefriedigung freisende Entdeckung ist die, daß Jungern eine Frage der Bestimmung, daß Hungern aristokratisch ist: „Unsere Büromädel tragen seidene Höschen und Strümpfe und essen mittags lieber kalt, um die Großchen dazu (zu den seidenen Höschen) zu sparen. Das ist aristokratisch, das ist Gejnung... Warum soll er ihnen nicht als Kavaliere das Händchen küssen? Zumal ihre Fingerchen ebenso lieb gepflegt sind wie die der gnädigen Frau?“

Die „Dredwacht“ weiß, was sich für einen Hauspund der Bourgeoisie schickt. Das ist echt sozialdemokratisches Rezept: Wenn dir, Prolet, das Magen trüert, dann pflege dir nur deine Fingerchen. Bergarbeiter brauchen keine Hohnerhöhungen. Wenn die ausgemergelten, vom Kohlenstaub zerfressenen Arbeiter kalt essen, dann sparen sie einige Großchen für die seidenen Höschen ihrer Frauen.

Eine so unerhörte freche Beleidigung, eine derart cynische Verhöhnung des Proletariats ist nur bei der „Dredwacht“ und ihren Kollegen möglich. „Kiss die Hand, Genosin! Ess kalt oder gar nicht, denn Luns! du seidenen Höschen tragen! Und liebe gepflegte Fingerchen!“ Das ist Gejnung, jawohl, aber die Gejnung der „Dredwacht“ ist sozialdemokratisch.

Wer von den Waldenburger Arbeitern der Meinung ist, daß er alles erobert hat — die weiße Weste, Lackschuhe und Urlaubstreife, Weingläser und Kumpelgehälter —, wer für die seidenen Höschen seiner Frau hungert will und ihr täglich dreimal die „lieb gepflegten Fingerchen“ küßt — der soll weiterhin Abonnent der „Dredwacht“ bleiben und auch deren dreifache Hand küssen!

Aber wir wissen, die Arbeiter sch... auf den Handluch und die aristokratische Hungergejnung der „Dredwacht“, die sie nur den Proleten empfindet. Schmeißt das Schmierblatt aus eurer Wohnung, und wenn ihr euch findet, dann befördert es dorthin, wo es hingehört, auf den Latz. Al. Rott.

Und wieder ein Toter!

Im Betriebe der Fuchsrube wurde der Hauer Richard Herba aus Nieder-Salzbrunn bei der Arbeit unter Tage verunglückt. Der erst 28 Jahre alte, verheiratete junge Mann konnte nur noch als Leiche geborgen werden.

Achtung! Kriegs- und Arbeitsopfer. Mittwoch, den 24. April, findet beim Genossen Schröder in Altköster, Charlottenbrunner Straße 99, in der Zeit von 15 bis 17 Uhr die Beratungsfunde statt.

Oberes Revier

Wiedern der Stadtrat Bänisch mit dem Staatsanwalt

A. K. Der vor einiger Zeit in der „Arbeiter-Zeitung“ erschienene Artikel über die Strafuntersuchung obigen Stadtrates hat den Beweis für die Richtigkeit unserer damaligen Behauptung erbracht, und zwar in puncto Wittgänge zum Staatsanwalt. Wie wir nun erfahren, stellte Bänisch seinerzeit auch Staatsanwalt gegen einen Beamten wegen einiger Vorkommnisse. Auch hier kam nach eingehender Untersuchung der Staatsanwalt zur Einstellung des Verfahrens; genau so wie bei den damals angeklagten Genossen Ulrich und Schaberl. Prompt ließ darauf der Zigarettenwandler Bänisch zum Staatsanwalt und erbat die Wiederaufnahme des Verfahrens. Nach erblicher Berechnung der Jengen erfolgte wiederum, zum größten Bedauern Bänischs, die Einstellung des Verfahrens. Es entzieht sich unserer Kenntnis, wievielmal B. in dieser

Die 1.-Mai-Nummer

der „Arbeiter-Zeitung“ darf bei keiner Demonstration und Abendveranstaltung fehlen und muß in Massen abgesetzt werden.

Bestellscheine für die „Arbeiter-Zeitung“ gehören in jede Veranstaltung. **Sofort Bestellungen aufgeben!**

Sache noch herumgeführt hat, natürlich bis heute erfolglos. Jedenfalls begründete er seine damalige Hartnäckigkeit und Ausdauer mit dem Hinweis auf seinen Sohn aus städtischen Diensten. Die ganze Einwohnerschaft von Gottesberg wunderte sich, warum B. nicht damals so eifrig nach dem Staatsanwalt schrie, als sein Sohn als Hauptstaatsanwalt (neben dem selbstverständlich frommen Mitglied der SPD und des Reichsbanners) eine arme Witwe um ihre fäulnisverderblichen Großchen brachte, welche sie als Keimhafe in der Hand verblende und so quasi dem Bänisch unterstand?

A. K. Friedland. Kämpft für den Achtstundentag! August Krause, der Inhaber des Baugeschäfts und Sägewerks der Firma August Großer, scheint nicht zu wissen, daß es in Friedland Erwerbslose gibt. Diese Firma läßt nach Arbeitsluß die zwei Arbeiter Wenzel und Kreitschla noch bis um 19 auch 19.30 Uhr auf dem Lagerplatz arbeiten. Es würde hier die Aufgabe des Betriebsrats sein, sofort einzugreifen, um diesen Zuständen ein Ende zu machen. Es würden sich genug Erwerbslose für diese Arbeit finden. Aber nur im Stundenlohn und nicht wie 1928 im Alfordlohn, wo sie größtenteils mit höchstens 10 bis 20 Mark nach Hause gingen. Auch den Kollegen Wenzel und Kreitschla möchten wir zurufen:

Niederschlesien

Görlitz

Die Erwerbslosen-Forderungen abgelehnt!

Wenn ein Sozialdemokrat Stadtrat wird Erwerbslose von Görlitz! In der letzten Erwerbslosenversammlung hat ihr den von euch gewählten Ausschuß beauftragt, mit dem Magistrat wegen einer Beihilfe zu verhandeln. Der Erwerbslosenausschuß hatte daraufhin folgende Forderungen unterbreitet: Bewilligung von

einer monatlichen Brennmittelbeihilfe von mindestens einem Zentner Kohlen oder Holz — eine einmalige Bekleidungsbeihilfe — Urlaub der neuereingeführten Gasmeter- und Zählermiete — Anerkennung eines Erwerbslosenaussschußmitgliedes in der Wohlfahrtskommission.

Diese Forderungen wurden glattweg abgelehnt mit der Begründung, daß ihre Bewilligung für die Stadt eine Ausgabe von mindestens 100 000 Mark bedeute. Der Zweite Bürgermeister, Dr. König, empfahl lebhaft, daß jeder „bedürftige“ Erwerbslose — welcher Erwerbslose ist heutzutage nicht bedürftig? — durch seinen Armenpfleger einen Antrag auf Gewährung einer Beihilfe stellen soll, und würde diesem Antrag, „weitgehend entgegengekommen“ werden. Arbeitslose, wie dieses Entgegenkommen zu verstehen ist und in der Praxis aussieht, merdet ihr ja schon selbst zur Genüge wissen. Doch empfehlen wir euch, daß jeder von diesem Angebot des Bürgermeisters Gebrauch macht und uns den Bescheid, den ihr erhaltet, mitteilt, damit wir die Echtheit dieses deutschnationalen Bürgermeisters gebührend anprangern können.

Erwerbslose, ihr seht, für euch ist eine Beihilfe zur Vinderung eurer Not eine zu große Ausgabe, aber für die Polizei, die euch so gern mit dem Gummihüpfel den Hunger stillt, und für sonstigen Klindim wird jede Summe ausgegeben und werden da sogar Schulden von der Stadt gemacht.

Ferner stellte der Ausschuß an den Vorstehenden des Arbeitsamts folgende Frage: Ist die Verwaltung des Arbeitsamts bereit, ein Mitglied des Erwerbslosenausschusses mit beratender Stimme in den Spruchaussschuß anzuerkennen? Der Reformist und 2. Vorstehende des Arbeitsamts hat es jedoch nicht für nötig befunden, dieses Schreiben zu beantworten. Dem Stadtrat Kessel scheint der Ausschuß überhaupt ein Dorn im Auge zu sein, denn warum verfuhr er sonst wohl, demselben dauern Schwierigkeiten zu bereiten und den Zeitungsverkäufern zu verbieten, vor dem Politischen Hof die Zeitung zu verkaufen. Fürchten Sie die Wahrheit? Nur Gebuld, „Kollege“ Kessel, es kommt auch für Dich einmal der Tag, an dem Du den Arbeitslosen Rede und Antwort stehen mußt und wir mit Dir abrechnen werden. Davor kann Dich kein Orzesinski noch Severing schützen. Euch Erwerbslosen rufen wir zu: Kämpft für eure Forderungen, zeigt diesem Ausschlußkollegen Kessel, daß der Wille von 6000 Erwerbslosen immer noch zu respektieren ist. Fürchtet nicht den Gummihüpfel, sondern demonstriert am 1. Mai gelassen mit den revolutionären Arbeitern für eure Forderungen, für ein Deutschland der Arbeiter und Bauern. E. S.

Von der Trauung in den Tod. Kurz nach der Trauung der ältesten Tochter des Landwirts Altmann in Reuhammer, wurde die Traut von Krämpfen befallen. Es wurde ein schweres Hirnenleiden und eine Frühgeburt festgestellt, die nach einer Operation den Tod der jungen Frau zur Folge hatten.

Grünberg

Wo demonstriert die Grünberger Arbeiterchaft am 1. Mai?

Arbeiter Grünberg! Die Kommunistische Partei ist am 1. Mai, dem Weltfeiertag des Proletariats, für vollkommene Arbeitsruhe Angehts der gespannten Situation, hervorgerufen durch die Hege der Faschisten, den Terror der Unternehmer und die Polizeiwilf für ihrer sozialdemokratischen Sakaien, muß der 1. Mai in diesem Jahre zu einem Großkampf auch für die Grünberger Arbeiterchaft werden. Es gilt auch in Grünberg zu zeigen, daß die Arbeiterchaft zum Kampf für ihre Forderungen bereit ist. Diese Bereitschaft wird nicht gezeigt durch harmlosen Waldspaziergang, wie es die reformistischen Gewerkschaftsführer tun, sondern durch mutiges und entschlossenes Auftreten unter den roten Fahnen des Klassenkampfes, unter der Führung der einzigen revolutionären Arbeiterpartei, der Kommunistischen Partei.

Massen heraus zur wichtigen Maidemonstration! Rieder mit der Koalitionsregierung! Hinweg mit der Polizeidiktatur! Weg von den drohenden imperialistischen Krieg! Für die Verteidigung der Sowjetunion! Gegen Kapitaloffensiven und Erschlagungsakt! Für Achtstundentag! Für ausreichende Unterstützung der Erwerbslosen für die Dauer der Erwerbslosigkeit!

Ausmarsch zur Demonstration vorantags 10 Uhr auf dem Ressourcenplatz. Nach Anknft des Demonstrationzuges um 11 Uhr auf dem Ressourcenplatz Massenkundgebung. Von 16.30 bis 17.30 Uhr Platzkonzert und öffentliche Kundgebung auf dem Brotmarkt.

Achtung! Freitag 20 Uhr im „Goldenen Frieden“ Mitgliederversammlung der Kommunistischen Partei, des Roten Frontkämpferbundes und der Roten Hilfe.

Samstag große öffentliche Volksversammlung im „Goldenen Frieden“, einberufen vom Roten Frontkämpferbund.

Aus der Schulleitung. Vor kurzem wurde von der Elternschaft der Freien Schulbewegung über einen eventuellen Schulstreik beraten und ein Antrag angenommen, der besagt, daß die Eltern ihre Kinder nicht in die lausessionelle Schule schicken, sondern in die von ihnen bei der Regierung beantragten Sammellassen der vier unteren Jahrgänge und daß die Kinder in den lebenskundigen

Schulden keine Klassenstunden mehr, sondern kämpfen mit für den Achttundentag, für höheren Lohn und für Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß.

Jauer

Zwei Frauen um eine Handvoll Mehl!

Im März 1928 waren drei Frauen aus Gennersdorf, eine Frau Seeliger, eine Dittke Brüder und eine Selma Gassong, die den Holzheim für Mehl und Bescholz besaßen, durch den Distrikt 182 a der Forsterei Wönschwald I gekommen. Sie hatten dabei zwei Tannen gesehen, die der Wind umgerissen hatte. Neben diesen Tannen sollen nun Mehlstücke gelegen haben, die sie für herrenlos hielten und deshalb mitnahmen. Ingesamt soll es sich um circa 0,26 Raummeter Mehl im Werte von etwas über einer Mark gehandelt haben. Das Amtsgericht Jauer, vor dem sich die Frauen wegen Diebstahls zu verantworten hatten, hielt ihre Angaben für nicht widerlegbar und kam deshalb zur Freisprechung. Hiergegen legte die Antragsanwaltschaft Berufung ein. Die Kleine Strafkammer legte am zur Bejahung der Schulfrage und hob das freisprechende Urteil auf. Die beiden ersten Angeklagten erhielten wegen gemeinschaftlichen Diebstahls eine Geldstrafe von je einer Mark, die Dritte im Bunde, die bereits wegen dieses Delikts vorbestraft ist, eine Geldstrafe von 8 Mark. Außerdem haben sie den Schaden von 1,25 Mark gutzumachen!

Unterricht weiter gehen. Dieser Tage fand nun in der Reichshalle eine Verammlung der Freien Schulgesellschaft statt. Schulfreund Schneider gab bekannt, daß in Brieg, Schmeideberg usw. die Reglerung die Sammellassen verboten hätte. Hier am Orte mag man es schneidbar vorläufig nicht. Das beweist, daß der von der Reglerung verordnete Lehrer Partisch wieder nach Grünberg zurück mußte, um die 7. Sammellasse zu leiten. Eine rege Diskussion sprach sich im Sinne des Referats aus.

Sagan

Achtung Erwerbslose! Am 1. Mai, morgens 7 Uhr, findet ein Ausschuß nach Altköster statt. Antritt am Ludwigsplatz um 8.30 Uhr. Musik: Schalmeykapelle des RFB. Nach dem Einmarsch findet um 11 Uhr am Ludwigsplatz eine Protestversammlung statt, zu der wir besonders alle Werttätigen und Erwerbslosen Sagens und Umgegend ersuchen teilzunehmen. — Der Reichsausschuß für Erwerbslosenbeschäftigung Sagan.

Auskunft erteilt der Erwerbslosenausschuß jeden Dienstag und Mittwoch von 9—11 Uhr vormittags bei D. Lutz („Zur Weintraube“).

Achtung Eisenberger! Sonnabend, den 4. Mai, um 20 Uhr findet vom RFB, Ortsgruppe Sagan, in Eisenberg im „Gasthaus zur guten Quelle“ eine Bekehrungsveranstaltung statt. Das Programm besteht aus einem Theaterstück „Die Bombe“ und Tanz. Die Ortsgruppe Sagan fordert zur Abfahrt per Auto von Ludwigsplatz um 17.30 Uhr auf. Sympathisierende sind willkommen. Es wird eruchtet, jeweils Mitfahrenden sich möglichst rechtzeitig bei den Kameraden Bargieski, Lange Alfred und Geppert zu melden. Der Fahrpreis wird billig eingerichtet werden. Um rege Beteiligung ersucht die Ortsgruppenleitung.

Goldberg

Tot aufgefunden. In der Schnellen Deichsa fand man den seit 14 Tagen vermißten Sattler Ernst Melche aus Niedersdorf ertrunken auf. Er scheint nachts vom Weg abgetommen und in den Fluß gestürzt zu sein.

Liegnitz

Massenbetrügereien bei einem fingierten Stellenvermittlungsgeschäft

Bis August 1927 war der jetzt 25jährige Buchhalter Hugo Zappe aus Reichena (Tschscholowate) selbständiger Kaufmann. Er war verschiedene Wechselverbindlichkeiten eingegangen, die er nicht erfüllen konnte. Als ihm die Schulden über den Kopf wuchsen, flüchtete er aus der Tschscholowate nach Deutschland. Am 7. November 1928 wurde er in Görlitz festgenommen und erhielt wegen Fahrgewehens und Betrugs fünf Wochen Gefängnis. Nach Verbüßung der Strafe sollte er über die Grenze abgeschoben werden. Dem entzog er sich durch die Flucht. Er begab sich zunächst nach Groß-Schweidnitz bei Lößau und dann nach Liegnitz. In dieser Zeit verübte er eine ganze Reihe von strafbaren Handlungen. In Groß-Schweidnitz stahl er einen Koffer mit 2500 Zigaretten, die er dann verkaufte.

In Liegnitz trat er als Sekretär des Landwirtschaftlichen Provinzialverbandes auf und nannte sich Heinz Zappe. Zu seiner Legitimation hatte er sich entsprechende Briefbogen bruden lassen. Er gab an, ein Hypothekener- und Stellenvermittlungsgeschäft für landwirtschaftliche Arbeiter betreiben zu wollen. In den verschiedensten bürgerlichen Zeitungen ließ er Inserate los, in denen er sich erbot, Stellen zu vermitteln oder Personal zu besorgen. In allen Fällen ging er von vornherein nur auf Betrug aus. Von seinen zahllosen Opfern — alle Einzelfälle sind nicht festzustellen — verlangte er sofort Gelddbeträge als Voransch für die Vermittlung oder Reisegeld. Auf diese Weise legte er sich in den Besitz von 206 Mark. Ingesamt gibt er selbst etwa

80 Fälle vollendeten und versuchten Betruges zu. Um der Wirksamkeit seiner Inserate sicher zu sein, unterschrieb er sie mit der Firma: „Landwirtschaftlicher Provinzialverband, Sitz Görlitz, Sekretariate in Oppers und Sagan.“ In Wirklichkeit existierte der Verband natürlich überhaupt nicht. Der Urkundenfälschung machte er sich weiter dadurch schuldig, daß er Postanweisungen, eingehende Geldsendungsquittungen und einen Nachsenkungsauftrag mit Abschoppe unterzeichnete. Wegen dieser zahlreichen Delikte erhielt er vom Erweiterten Schöffengericht jetzt insgesamt ein Jahr drei Monate Gefängnis.

Glogau

Aus keine Angst, Herr „Prinz“! In der Strafsache gegen Prinz zur Lippe und den Schriftsteller Barholdy wegen „Republikverleumdung“ hat die Staatsanwaltschaft gegen das Urteil des Erweiterten Schöffengerichts in Glogau vom 13. April d. J., und zwar bezüglich beide Angeklagter, Berufung eingelegt.

Aus dem Riesengebirge

Anlage wegen Mordes gegen Christian Stolberg Der Untersuchungsrichter hat dem Grafen Christian zu Stolberg eröffnet, daß die Voruntersuchung gegen ihn auf Mord lautet.

Mitteilungen der Bezirksleitung Schlesien des RFB. Gewalttäter! Bis zum 28. April müssen die Reichsparteitagsmaterialen an die 82. Ad. Kasse abgerechnet werden.

Die Sakanten zum Bezirksparteitag werden im Tagungslokal gegen Vorzeigung eines Ausweises der Ortsgruppe und des Mitgliedsbuches ausgehändigt.

Oberschlesien

Zentrum und Rechte gegen Bewilligung weiterer Mittel für den Arbeiterwohnungsbau

bas für aber zehntausende Mark für Dienstwohnungen und Bau eines städtischen Giechhauses abgelehnt — Dessenfalls, für „Jorge“ ist Darlehenswürdigkeit — Wann wird der kommunale Friedhof gebaut? — Kuhhandel um den Oberbürgermeisterposten noch nicht perfekt

Bei Eintritt in die Tagesordnung in der am Dienstag städtischen Stadtverordnetenversammlung der Stadt Hindenburg beantragte die Zentrumsfraktion die Ablegung der Punkte „Wohnungsfrage“ über die Ausschreibung der Stelle des ersten Bürgermeisters „Wahl“ mit der Begründung, daß die „Materie“ einer eingehenden Behandlung bedürfe. Von kommunistischer Seite sprach man gegen die Ablegung des Punktes, für die Ausschreibung der Stelle, weil die beantragte Ablegung des Punktes nur der Beweis hierfür sei, daß der Kuhhandel um diese Stelle noch nicht perfekt geworden sei. Auch die am Tage vorher abgehaltene interfraktionelle Besprechung, bei der der Ausschluß der Kommunisten, habe eine Einigung hierüber nicht bringen können. Man wolle durch die Ablegung des Punktes mit Zeit für den Schacher um diese Stelle zu gewinnen. Der zentrumistische Antrag fand gegen die Stimmen der Kommunisten Annahme.

Die nächste Vorlage verlangte die Genehmigung der Ausgaben des Haushaltsvoranschlags 1929 bis zur Höhe von 25 Prozent. Genosse Paris erklärte hierzu, daß seine politischen Freunde nur den Ausgaben die Zustimmung geben, die im Interesse der breiten Schichten der Bevölkerung liegen. Die kommunistische Fraktion spreche dem Stadtkämmerei-Gehalt kein Mißtrauen aus, da er es gerade ist, der bei den Etatberatungen und den Anträgen für soziale Zwecke bremsend auf der anderen Seite aber sehr freigebig ist.

Da die Wohnungsneubauten der Jahre 1927 und 1928 noch nicht endgültig finanziert sind, so verlangte der Magistrat in einer Vorlage die Aufnahme einer Millionenanleihe bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte.

Genosse W y c h a kritisierte eine solch langsame Finanzierungs- politik beim Wohnungsbaue. Das beschlossene diesjährige Wohnungsbauprogramm müsse beschleunigt durchgeführt werden. Er stellte einen Zusatzantrag auf Aufnahme weiterer Anleihen zur Finanzierung desselben. Und dieser Antrag, der die Durchführung des Wohnungsbauprogramms sichern sollte, wurde mit den Stimmen des Zentrums, der Mittelstandspartei und der Deutschnationalen abgelehnt. Vor die konkrete Frage gestellt, etwas positiv für den Bau von Arbeiterwohnungen zu tun, da entsappte sich diese Meute.

Die Ueberwälzung der Stadtpar. und -großste in Höhe von 40 000 Mark werden nach der Magistratsvorlage für die Schaffung einer Grünanlage an der Dorotheenstraße verwendet. Die kommunistische Fraktion stellte einen Änderungsantrag, und zwar darin, daß nur 20 000 Mark für die Grünanlage, die übrigen 20 000 Mark zur Uebernahme der rückständigen Mieten von Erwerbslosen, die dieserhalb ermittelt werden, verwendet werden sollen. Genosse J e n d r o s c h begründete den kommunistischen Antrag und wies darauf hin, daß gerade die Kommunisten es waren, die in Anträgen die Schaffung von Grünanlagen, Kinderspielflächen usw. forderten, aber hier sollte man einen Teil der Ueberwälzung für die Uebernahme der rückständigen Mieten erwerbsloser Familienväter, die mit der

J e n d r o s c h spricht gegen die Vorlage für den Bau eines städtischen Giechhauses. Aufgabe der Stadt sei es, solche Einrichtungen zu schaffen. Die Zentrumspartei betreibe diese Vorlage, und das ist verständlich, weil es sich hier um parteipolitische und kirchliche Interessen in diesem Falle handelt. Das Interesse der alten Leute habe man nicht im Auge.

Der Ertel habe schon 200 000 Mark von der Regierung als Geschenk bekommen, und der Abschluß des Vertrages sei nur ein Geschäft für die schwarzen Brüder. Der kommunistische Antrag auf Bau eines eigenen Giechhauses wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Antragsteller abgelehnt, die Magistratsvorlage angenommen. Wir kommen auf diese Dinge noch zurück.

Die Rückzahlung geleisteter öffentlicher Forderungen hat ein Aus-

An die obereschlesische Bergarbeiterjugend!

Jungarbeiter! Kameraden!

Die Verschärfung der Klassegegensätze, der Vortrieb der Bourgeoisie auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse kommt immer lauffer jutage. Niedriger Lohn und lange Arbeitszeit sind die Grundgesetze der herrschenden demokratischen Regierungsmethoden. Besonders die arbeitende Jugend im Bergbau wird am schwersten davon betroffen.

Jugendschutz und Jugendrecht werden mit Füßen getreten.

Die Maßnahmen von Seiten der Bourgeoisie im Verein mit ihren Palaten, den sozialdemokratischen Gewerkschaftsbögen, beweisen, daß die Arbeiterjugend wirtschaftlich und politisch entsetzt und als Schachernobjekt benutzt wird. Diesem arbeiterfeindlichen Treiben muß die Bergarbeiterjugend Einhalt gebieten. Viel Härter und schärfer in der gegenwärtigen Situation, wo die Bergarbeiterjugend Obereschlesiens vor einer Lohnkämpfbewegung steht, die von vornherein, ohne all diesen Vortrieb der Arbeiterschaft, mit Hilfe der Gewerkschaftsführer, wiederum zu einem Glied in der Kette des Betrugs der sogenannten Arbeiterkämpfbewegung werden muß. Der letzte Schicksalspruch im Arbeitszeitabkommen und die Faltung der reformistischen Gewerkschaftsbögen kennzeichnen die kapitalistische und staatsfremdliche Rolle der ehemaligen Klassenkämpfbewegung.

Wir wissen, daß die Lohnbewegung zum 31. Mai den Arbeitern keinen Erfolg bringen wird, solange die Arbeiterschaft, und besonders die arbeitende Jugend, nicht dazu übergeht, über die Köpfe der Reformisten die Initiative zur Vorbereitung der vor uns liegenden Lohnbewegung zu ergreifen und vorzubereiten.

Die Löhne der jungen Bergarbeiter sind im Verhältnis zu der Lebenslage (Lebensmittel- und Bekleidungspreise) so niedrig, daß es Pflicht und Aufgabe eines jeden Arbeiters ist, ob er gewerkschaftlich

oder nicht gewerkschaftlich organisiert ist, um eine Verbesserung der Lebenslage für die arbeitende Jugend zu kämpfen. Die Bewilligung für einen Erfolg im Kampfe um die Erhaltung der Jugend ist geschlossene Kettelnahme und erhöhte Aktivität der gesamten im Bergbau beschäftigten Bergarbeiterjugend. Sie muß dafür sorgen, daß die Opposition in den Gewerkschaften unterstützt wird, sie muß den reformistischen Gewerkschaftsführern sowie der Bourgeoisie beweisen, daß sie nicht länger gewillt ist, Ausbeutungsbögen für die Interessen des Geldbads zu sein. Sie muß dazu übergehen, bei der schärfsten Auspostierungsmaßnahmen von Seiten der Unternehmer den unerbilligten Kampf anzufangen, auch wenn es notwendig ist, das letzte Mittel, einen im ganzen Kohlenrevier organisierten Jugendstreik, anzuwenden. Dazu müssen Jugendkämpfbewegungen in allen Bergbaubezirken und Schachtanlagen gewährt werden, die in der Lage sind, die gesamte Bergarbeiterjugend Obereschlesiens für ihre Forderungen zu mobilisieren.

Die Opposition der Bergarbeiterjugend organisiert am Sonntag, dem 28. April, in Hindenburg, Lokal R o t h, Paulstraße, vormittags 10 Uhr eine oppositionelle Jugend-Gewerkschaftskongress, zu der die einzelnen Grubenanlagen gewerkschaftlich organisierte junge Bergarbeiter als Delegierte entsenden sollen. Auf dieser Kongress werden wir die notwendigen Maßnahmen und Anordnungen treffen, um die Forderungen der jungen Bergarbeiter mit allem Nachdruck durchzusetzen zu helfen.

Genosse Paris begründete diesen Antrag auf Grund der Unterlagen, Stadtrat S c h m i d t, Centrum, beantragte die Ablegung dieses Antrages und erklärte ganz richtig, daß die Forderung nur eine Darlehenswürdigkeit sei. Man borge nur bis Unternehmern. Man über diesen Zentrumsmann mit seinem nach Zehntausenden von Mark zählenden Gehalt die Antwort nicht schuldig.

In einem weiteren Antrage forderten die Kommunisten, mit dem Bau eines kommunalen Friedhofes sofort zu beginnen.

Nochmals beschäftigte das Parlament der Ausbau des Marktplatzes in Saborje und die Pflasterung der Dorotheenstraße. Genosse S c h m i d t stellte fest, daß der Magistrat überhaupt keine Mittel zur Verfügung habe, wenn es gilt, Straßen in den Arbeiterbezirken auszubauen.

In einem Dreimehrheitsantrage beantragten die Kommunisten die Bewilligung von Beihilfen für minderbemittelte Kinder, die zur Jugendzeit gehen. Pro Kind sollen 15 Mark gezahlt werden. Der Antrag wurde mit knapper Mehrheit angenommen.

Genosse Paris erklärte hierzu, daß seine politischen Freunde nur den Ausgaben die Zustimmung geben, die im Interesse der breiten Schichten der Bevölkerung liegen. Die kommunistische Fraktion spreche dem Stadtkämmerei-Gehalt kein Mißtrauen aus, da er es gerade ist, der bei den Etatberatungen und den Anträgen für soziale Zwecke bremsend auf der anderen Seite aber sehr freigebig ist.

Die Ueberwälzung der Stadtpar. und -großste in Höhe von 40 000 Mark werden nach der Magistratsvorlage für die Schaffung einer Grünanlage an der Dorotheenstraße verwendet. Die kommunistische Fraktion stellte einen Änderungsantrag, und zwar darin, daß nur 20 000 Mark für die Grünanlage, die übrigen 20 000 Mark zur Uebernahme der rückständigen Mieten von Erwerbslosen, die dieserhalb ermittelt werden, verwendet werden sollen.

Genosse J e n d r o s c h begründete den kommunistischen Antrag und wies darauf hin, daß gerade die Kommunisten es waren, die in Anträgen die Schaffung von Grünanlagen, Kinderspielflächen usw. forderten, aber hier sollte man einen Teil der Ueberwälzung für die Uebernahme der rückständigen Mieten erwerbsloser Familienväter, die mit der

Die Ueberwälzung der Stadtpar. und -großste in Höhe von 40 000 Mark werden nach der Magistratsvorlage für die Schaffung einer Grünanlage an der Dorotheenstraße verwendet. Die kommunistische Fraktion stellte einen Änderungsantrag, und zwar darin, daß nur 20 000 Mark für die Grünanlage, die übrigen 20 000 Mark zur Uebernahme der rückständigen Mieten von Erwerbslosen, die dieserhalb ermittelt werden, verwendet werden sollen.

Oberschlesische Jungarbeiter, heraus!

Junge Arbeiter!

Heraus zur öffentlichen Kundgebung!

Thema:

„Arbeitende Jugend und der 1. Mai.“

Redner: Bezirksleiter A c h t e l l i t, Freitag, dem 26. April, 19 Uhr, auf dem Marktplatz in Wittkusch, Sonnabend, dem 27. April, 19 Uhr, auf dem Ring in Gleiwitz, Dienstag, dem 30. April, 19 Uhr, auf dem Reichensteinplatz in Hindenburg. Arbeitende Jugend, marschiere in Massen zu den Kundgebungen des AFD. auf!

Ermittlung bedroht werden, verwenden. Die weiteren Mittel zur Schaffung von Grünanlagen solle man auf dem Anleihenwege beschaffen. Der Antrag der AFD. fiel gegen die Stimmen der Antragsteller.

Da das Stadthaus I (Landratsamt) in Kürze geräumt wird, die Büros nach dem Bürohaus an der Hüttenstraße überfaheln, beantragte der Magistrat die Zustimmung zum Umbau des Stadthauses und Verwendung als kaufmännische Berufsschule. Die Umbau- und Ausstattungskosten sollen sich auf 76 000 Mark belaufen. Außerdem soll eine Dienstwohnung für ein Magistratsmitglied in diesem Gebäude hergerichtet werden. Die Kosten sollen „nur“ die kleine Summe von 14 000 Mark verschlingen. Genosse W y c h a sprach sich für den Umbau und die Verwendung als kaufmännische Berufsschule aus, da die jetzigen Schulverhältnisse unhaltbar geworden sind.

Die Kommunisten werden gegen die Vereinfachung von 14 000 Mark für eine Dienstwohnung stimmen.

achttausend wohnungsluchende Familien zählen wir in der Stadt, unter denen sich ein Magistratsmitglied nicht befindet. Im Gegenteil, sie alle haben ausreichende Wohnungen. Stadtverordneter L e n t e r stellte den Antrag auf Zurückweisung der Vorlage an die Finanz- und Baudeputation, der auch angenommen wurde.

Der nächste Punkt, Umbau der Villa Parisiusstraße, brachte eine lange Debatte. Diese Villa ist für den verstorbenen Oberbürgermeister J a e n e l gebaut, später für Bürozwecke benutzt worden. Jetzt sollen für den weiteren Ausbau der Villa noch 35 000 Mark verwendet werden. 65 000 Mark sind bereits nach den Angaben des Magistrats, die keineswegs als zuverlässig angesehen werden können, verausgabt worden. Genosse W y c h a wandte sich energisch gegen die weitere Bewilligung von Steuergebern für eine Villa, in die ein Magistratsmitglied ziehen soll. Hier frage man nicht nach der Dedung, sondern weil es ein Magistratsmitglied ist, soll diese horrend Summe noch verpulvert werden, während die Proleten in Baracken und lichtlosen Wohnhöhlen haufen. Genosse J e n d r o s c h schlug vor, das Gebäude als Altersheim zu verwenden.

Der nachstehende Zusatzantrag der Kommunisten wurde mit 20 gegen 18 Stimmen abgelehnt:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt: Mit der Freilegung der tatsächlichen Mieten der Dienstwohnungen für Magistratsmitglieder wird die Revisionskommission beauftragt. Die Kommission hat in der nächsten Stadtverordnetenversammlung über das Ergebnis Bericht zu erstatten.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß aus dem Stadthaus Zuschüsse zu den Dienstwohnungen geleistet werden. Es sollen Beträge von 1200 Mark und darüber hinaus für eine Dienstwohnung allein in Frage kommen. Darum verlangten die Kommunisten die genaue Feststellung der tatsächlichen Mieten. Für die minderbemittelte Bevölkerung hat man keine Mittel zur Mietübernahme durch die Stadt übrig. In einer weiteren Magistratsvorlage wird um die Genehmigung eines Mietvertrages mit dem Kamillanerkloster beraten. Dem Vertrage nach vermietet der Orden Räume zur Unterbringung von alten Frauen. 34 Betten sollen in Frage kommen. Die Stadt zahlt hierfür einen Mietbetrag von 6800 Mark jährlich. Genosse

Erwerbslose Kollegen, Augen auf!

Wie die Arbeitsvermittlung erwerbsloser Kollegen durch die Arbeitsämter ausfällt, zeigt folgende Meldung des Arbeitsamtes in Gleiwitz, welche nicht als einzelner Fall dahehlt.

Sieben jugendliche Kollegen wurden vom Arbeitsamt Gleiwitz für landwirtschaftliche Arbeiten auf ein Gut in Grömma (Sachsen) vermittelt. Sie erhielten auch, wie üblich, das Fahrgehalt und knappe Reisepfenn. Ihre Freude war groß, endlich wieder einmal eine Arbeit zu haben. Bei ihrer Ankunft in Grömma meldeten sie sich sofort auf der ihnen zugewiesenen Arbeitsstelle. Ihr Schreck war groß, als der Inspektor des Gutes ihnen mitteilte, daß er ihrer nicht bedürfe, da er in Kürze polnische Saisonarbeiter erwarte. (Hört ihr, erwerbslose Kollegen? Diese deutschnationalen Krantanker, welche bei jeder passenden und nicht passenden Gelegenheit mit ihrer nationalen Gesinnung prahlen, nehmen billige Auslandskräfte, um ihren Profit zu steigern, und wenn dadurch auch ihre „deutschen Volksgenossen“ zugrunde gehen. Merkt euch das!) Den Kollegen blieb nichts anderes übrig, als nach dem dortigen Landesarbeitsamt zu gehen, wozu die Vermittlung auf eine andere Arbeitsstelle. Der Macher des Arbeitsamtes, ein Herr G e y, welcher gleichzeitig erster Vorsitzender der dortigen Ortsgruppe der Sozialdemokratischen Partei ist, sagte zu ihnen, als die Kollegen ihm ihre mißliche Lage erzählten:

„Wir haben genug Erwerbslose und können uns nicht noch um obereschlesische Erwerbslose kümmern!“

Das heißt mit anderen Worten: Macht, daß ihr weiter kommt. Sie gingen darauf zum zweiten Vorsitzenden der SPD, Stenzel, wo es ihnen nicht besser erging. Vielmehr mußten sich die Kollegen noch anhören, wie selbiger zu seiner Frau sagte: „Komme, Frau, was gehen uns die Leute an, wir müssen schon fahren.“ So sehen die Handlanger der Kapitalisten aus, welche sich auch Arbeitervertreter nennen. Die Kollegen mußten dort einige Tage hungern und frieren kämpfen. Ihr Los wurde durch die dort wohnenden kommunistischen Arbeiter erleichtert, welche ihnen helfend zur Seite standen und sie durch Gesammlungen unterstützten. Es war den arbeitslosen Kollegen nicht möglich, weder beim Arbeitsamt noch beim Wohlfahrtsamt Arbeit oder Fahrgehalt für die Rückreise zu erhalten. Erst einem Funktionär der Ortsgruppe der kommunistischen Partei gelang es, nach vielen Mühen und Vauseieren das Reisegeld für die Rückfahrt herauszuholen.

Erwerbslose Kollegen! Bernt darauf! Laßt euch nicht auf solche unbestimmte Stellen vermitteln, wenn ihr nicht sicher seid, eine halbwegs anständige Arbeit bei tarifmäßiger Entlohnung zu erhalten; es kümmert sich dann niemand von den Deutschnationalen bis zur Sozialdemokratie um euch, ob ihr auch wirklich dort Arbeit erhalten und was mit euch dann geschieht. Auch müßt ihr, Kollegen, darauf achten, daß ihr bei etwaiger Vermittlung nach auswärts nicht als Streikbrecher gegen eure Arbeitsbrüder mißbraucht werdet, da solche Vermittlungen des öfteren vorkommen und für die betreffenden Kollegen, wenn sie so eine Arbeit aufnehmen, meistens Nachteile bringen.

Die erwerbslosen Kollegen müssen sich mehr wie bisher zusammenschließen, sie müssen bestrebt sein, mit ihren Klassenossen, die noch im Produktionsprozess stehen, einen einheitlichen Stand zu schließen, um so die Angriffe unserer Gegner abzuwehren. Wir müssen fordern:

Ausreichende Unterstützung für alle Erwerbslosen während der gesamten Dauer der Erwerbslosigkeit. Einreihung in den Produktionsprozess bei achtstündiger Arbeitszeit und ausreichenden Löhnen.

Beuthen

Bau der Badeanstalt

Der Platz, der früher für die Errichtung der Badeanstalt ausgemessen worden war, kann heute nicht mehr in Frage kommen, da in diesem eine teilweise Bebauung desselben vorgenommen worden ist. Der Rest für die Badeanstalt nicht mehr ausreicht, und im übrigen

auch kostspieliger Grunderwerb hätte getätigt werden müssen. Maßgebend für die Auswahl des Platzes für die Badeanstalt waren folgende Gesichtspunkte:

Die Badeanstalt muß, wenn auf eine Rentabilität Wert gelegt wird, an einer verkehrsreichen Stelle liegen. Die Badeanstalt darf nicht allzuweit weg von der Carlsten-Zentrum-Grube liegen, weil sie von dieser Grube den Zufluß an Sole und sonstigen Wasser bekommt. Die Badeanstalt muß auf gründerreichem Gelände liegen, da erhebliche Maschinen in sie hineingebaut werden, die eine teilsweise bis zu 6 Meter Tiefe gehende Fundamentierung notwendig machen. Die Badeanstalt muß aber schließlich, da sie als Erholungsanstalt dienen soll, so liegen, daß von ihr aus der Park unmittelbar zu erreichen ist. Im übrigen steht der Verlust der wenigen, teilsweise von der Sole angegriffenen und darum morschen Bäume in keinem Verhältnis zu dem großen Gewinn, den die Grünflächen der Stadt Beuthen durch Zukauf des Thiele-Winklerischen Waldes und die Anlage des Freizeitwaldes im letzten Jahre erhalten haben.

Oppeln

Städtische Bunten vor der Vollendung

Am Dienstag fand durch die Presse unter Führung des Stadtbaurats S c h m i d t eine Besichtigung der städtischen Neubauten statt.

Die neue D e r u s s h u l e, ein Bau, der verspricht, allen Anforderungen der Lehrlingsfortbildung gerecht zu werden. 70 Räume außer den Werkstätten, eine schöne Turnhalle nebst Umkleen- und Wandraum, liegen in dem Gebäude. Die gewerbliche und die kaufmännische Abteilung werden zusammen darin untergebracht. Die Ausstattung der Werkstätte wird, außer der Elektrikerklasse, beschränkt primitiv sein, da für notwendige Maschinen usw. das Geld vorläufig fehlt. Der Festsaal ist so eingerichtet, daß die Male dort auch praktische Dekorationsarbeiten durchführen können. Die Klassen machen alle einen hellen und geräumigen Eindruck.

Kleinwohnungen an der D a m a s k u s t r a s e sind 48 und 7 größere bald bezugsfertig. Licht und Luft läßt die neue Baugeisse ja. Die Wohnungen bestehen größtenteils aus Wohnküchen, die zur Hälfte noch ein kleines Zimmer dazu haben. Borgehen ist, daß später zwei Wohnungen zusammengelegt werden können. Die Fußböden sind auf neuere Art aus einer Steinholzmasse hergestellt. Besser wie die Baracken sind die Kleinwohnungen auf jeden Fall. In diesem Jahre werden noch etwa 58 solcher Wohnungen entstehen.

An der ehemaligen Sanierung wird zu bauen angefangen. Bisher sind, da der Stadt durch den Sanitätsrat Dr. Salzberg, der dort einen Teil des Geländes besitzt, Schwierigkeiten in den Weg gelegt, die sogar größere finanzielle Belastung bringen.

Der neue S p o r t p l a z an der Rosenberger Straße ist ebenfalls in Angriff genommen worden.

Die neue P o l i t s h u l e II, als Ersatz für die katholische Mädchen- und die Nikolaitraße, soll bis zu den großen Ferien fertiggestellt sein. Gegenüber der Berufsschule untersteht die gleiche Einrichtung, und nicht zum Vorteil. Dieselbe umfaßt 16 Klassen, zwei Handarbeitsklassen, Näh- und Plattiruben, ein Abfahlgang, die hygienischen Anlagen sind gut. Die Turnhalle mit Holz- und Empore erhält eine ganz neue verstellbare Redanlage. Die Halle hat zwei Eingänge und kann eventuell für Knaben und Mädchen verwendet werden.

Das R i n d e r h e i m in der Oberstadt ist und ist die Hälfte hochgezogen. Denselben gegenüber stehen nicht ganz fertig, die vorigen Jahr erstellten Baracken. Offenbar werden diese bald, an uns wird es nicht liegen.

Die städtische H a n d a r b e i t s s c h u l e ist an der D a m a s k u s t r a s e gute, aber ungenügende, Gebäude angebaut. Vorläufig sind noch ungeputzt da und wird erst gegen Herbst fertig sein.

Es ist etwas, was die Stadt geleistet hat, aber noch immer ist das genügt. Besonders der Wohnungsneubau ist im letzten Jahr sehr gut. Besonders nicht Kleinwohnungen, sondern die kleinen, auch von den Arbeitern bezahlt werden können, was Oppeln so dringend braucht.

ung Leunas am 1. Mai

Polen, 24. April. Die Abstimmung über die Arbeitsruhe am 1. Mai im Leunawert ergab mit 75,2 Prozent die notwendige Dreiviertelmehrheit für die Arbeitsruhe. Dieses Ergebnis ist besonders bedeuend, weil es nur auf die Arbeit der Gewerkschaftsopposition und der kommunikativen Betriebszelle zurückzuführen ist. Der große sozialdemokratische Gewerkschaftsapparat sowie die sozialdemokratische Presse ist nicht das geringste für die Arbeitsruhe am 1. Mai im Leunawert. Trotz der sozialdemokratischen Sabotage hat somit die Leuna-Belegschaft der Traktourgehilfe einen empfindlichen Schlag verfehlt, der aber um so erfreulicher ist, als seit 1921 eine derart große Majorität nicht wieder erreicht worden ist.

Schiedspruch auch für die Berliner Metallarbeiter

Berlin, 24. April. Gestern nachmittag fanden die Schlichtungsverhandlungen für die Berliner Metallindustrie statt. Die Unternehmervertreter erklärten wiederholt, daß sie nicht einen Pfennig Lohnhöhung bewilligen könnten und wollten. Die Schlichterkommission fällt einen Schiedspruch, der die Löhne der qualifizierten Facharbeiter um ganze 8 Pfennig, und die der Bauarbeiter um 5 Pfennig, die der angeleiteten Arbeiter um 4 Pfennig erhöht, die ungelerten Arbeiter sollen gleichfalls nur 4 Pfennig, auf 84 Pfennig aufgebessert erhalten. Die Löhne der Arbeiterinnen betragen nach wie vor nur 70 Prozent der Männerlöhne, und auch die bisherige Gruppeneinteilung soll beibehalten werden. Das Lohnabkommen soll bis zum 30. September 1930 gelten, die Erlösfrist läuft am 30. April ab. Dieser Schiedspruch bleibt weit hinter den Forderungen des Metallarbeiteriums zurück. Es hat nicht einmal die Forderungen erreicht, die der DAV bereits vor zwei Jahren aufstellte. Die Berliner Metallarbeiter müssen nicht nur diesen schändlichen Schiedspruch ablehnen, sondern durch die über den Kopf der reformistischen Gewerkschaftspolken hinweg gewählten Kampfleitungen den Kampf um die Erhöhung der Löhne aufnehmen.

Die Lebensmittelversorgung Moskaus

Während die bürgerliche und sozialdemokratische Presse sich überläßt in der Erfindung von Sensationsmeldungen über die angebliche „Hungersnot“ oder den „Lebensmittelmangel“ in Moskau, wissen die Reisenden, die aus Moskau zurückkehren, nichts von alledem zu erzählen. Im Gegenteil, sie berichten von überfüllten Lebensmittelgeschäften und davon, wieviel besser die russischen Arbeiter sich ernähren als ihre deutschen Klassenbrüder. Wie es mit der „Lebensmittelmangel“ in Moskau aussehe, besagt u. a. die kurze Chronik im letzten Teil der Sowjetpresse über die Lebensmittelversorgung der Hauptstadt. Da heißt es zum Beispiel in den Zeitungen vom 18. April: Zur Fleischversorgung Moskaus wurden eingeführt aus verschiedenen Teilen der RSFSR 10.000 Stück Vieh und aus der Ukraine 6000 Stück. Das gesamte Vieh wird noch im Laufe des Monats in Moskau entlassen, so daß der Gesamtbedarf der Bevölkerung vollumfänglich gedeckt ist und ein Rest von circa 5000 Stück übrigbleiben wird. Eine andere Notiz meldet: In Moskau trafen aus dem Süden 18 Waggons frische Fische ein, die in den Fischläden und -ständen, und ferner auch in den Fleischläden zu beziehen sind. In den nächsten Tagen wird eine Senkung der Butterpreise erwartet.

Die Lagenpresse, die so verschwenderisch ist in der Verbreitung falscher Alarmnachrichten, hat natürlich keinen Raum für die Meldung dieser Tatsachen.

Fünf Menschen durch Gas vergiftet

U. S. Bader, 24. April. In einem Hause auf der Glaser Straße wurden in den Morgenstunden des Dienstags vier im Erdgeschoß schlafende 54jährige Hausbesitzer August Fuchs und seine 53jährige Ehefrau durch Gas vergiftet bewußtlos aufgefunden. Trotz lebhaftiger Wiederbelebungsversuche war es nicht möglich, Fuchs, der Vater von elf Kindern ist, wieder ins Leben zurückzurufen. Auch die Ehefrau schwebt noch in Lebensgefahr.

In dem benachbarten Hause wurden gleichfalls drei Personen mit leichteren Gasvergiftungen aufgefunden und in das Krankenhaus geschafft.

Das Unglück war dadurch entstanden, daß ein vor dem Hause Glaser Straße 14 eingebautes Siphongefäß einstürzte und undicht wurde; infolgedessen strömte das Gas in die angrenzenden Häuser.

Neuer Sturm über Japan

400 Tote

U. S. Tokio, 24. April. Der Sturm an der West- und Ostküste Japans wütet fort. Die Seeverbindung mit Amerika ist unterbrochen. Auch die Schiffsverbindung mit der Sowjetunion mußte eingestellt werden. Bei der Insel Hokkaido sind schätzungsweise 400 Personen ums Leben gekommen; zwei japanische Flugzeuge werden vermisst. Zwischen Suruga und Wladiwostok kamen etwa 80 chinesische Fischerboote in den Sturm und wurden ins Meer getrieben.

Eine lebende Elchse im Leib

U. S. Bader, 24. April. Eine Frau aus dem benachbarten Niederflischbach hatte im vorigen Sommer im Walde aus einer Quelle Wasser getrunken. Seit dieser Zeit hatte sie fortgesetzt Magenbeschwerden. Auf Anraten des Arztes nahm sie ein Darmwurmmittel ein, das einen Brechreiz hervorrief. Dabei erbrach die Frau die Körperteile einer vollständig entwickelten Walbeise. Durch den Genuß des ungereinigten Wassers hatte sie sehrzeit das kleine Lebewesen in sich aufgenommen, das sich in ihrem Magen entwickelte und ihr leicht zum Verhängnis hätte werden können.

Wahl

im Gewerkschaftshause

Der Präsident

Iwan Mosjukin

und das reichhaltige Beiprogramm

Beginn 5 und 8 Uhr / Kinder haben Zutritt

Vereinigte Theater

Lobe-Theater

Von Sonnabend, den 20. 4. bis Freitag, den 26. 4. täglich 20.15 Uhr

Rivalen

Amerikan. Schauspiel von Anderson u. Stalling; frei bearbeitet von Carl Budmayer

Sonnabend, 27. 4., 20.15 Uhr

Zum ersten Male!

Das Grabmal des unbekanntesten Soldaten von Paul Ragnal

Thalia-Theater

Von Montag, den 22. 4. bis Freitag, den 26. 4. täglich 20.15 Uhr:

Dreimal Hochzeit

Sonnabend, 27. 4., 20.15 Uhr

Rivalen

Das Rad des 6-Tage-Siegers

es kein Kavel für die Unübertraktbarkeit irgendeiner Marke; denn es ist nach besonderen Wünschen und Eigenheiten des Kaufmanns hergestellt. In dem als streng real bekannt

Fahrradhaus Eximius

Reuschestr. 28

Schauspielhaus

Operettenbühne Tel. 36300

Täglich 20 Uhr

Die gold'ne Meisterin

Stadttheater Breslau

(Opernhaus)

Donnerstag, 19.30 Uhr

Figaros Hochzeit

Freitag, 18.30 Uhr

Abonnements-Vorstellung Serie H 17

Die Balläre

Sonnabend, 20 Uhr

Fra Diabolo

Sonntag, 15 Uhr

Einmalige Nachmittags-Vorführung zu ermäßigten Preisen (Gr. 2)

Die Fledermaus

Sonntag, 20 Uhr

Der Kiegende Holländer

Moderne Kinderwagen

25.-



35.-, 29.-, 27.-

Suchantte

Ohlauer Straße 33 Ecke Taschenstr.

Im Hause der Brauerei „Zum großen Meerschiff“ erhalten Sie Räder ausgestattet und gegen Teilzahlung ganz nach Ihren Wünschen. Kleinstauswahl moderner Markenräder unter Garantie.

Toureräder v. M. 38.50 an	Griffe v. M. -20 an
Damenräder v. M. 42.50	Gummigriffe v. M. -40 an
D-Räder m. Torpedofrontlauf v. M. 68.50 an	Isoflügel v. M. -17
Kalbrouer m. Torpedofront v. M. 68.50 an	Rahmumpump. v. M. -50 an
Kleinmaschinen Schlauch v. M. 148.- an	Toureräder v. M. 2.75 an
Lecker v. M. 1.90 an	Kleinstmittel v. M. 4.50 an
Konstant v. M. 4.25 an	Kleinstmittel v. M. 1.85 an
Schutzbleche v. M. -70 an	Schiffstaschen v. M. -20 an
Felgen gelb v. M. 1.25 an	Schiffstaschen v. M. -25 an
Speichen 700 Stück v. M. -36 an	Decken v. M. 2.35 an
Gleichen v. M. -25 an	Decken rot v. M. 2.95 an
	Schiffstaschen v. M. 5.75 an
	Fahrradbarometerkomplett v. M. 2.40 an

Gebrauchte Räder werden in Zahlung genommen. Fachm. geleistete Reparaturwerkstatt.

Molkerei Hermann Walter

Breslau, Gahlsstraße 39

Milch - Butter - Eier - Käse

Gustav Bartsch

empfiehlt

Fleisch- u. Wurstwaren

Breslau, Nummer 16 gegenüber der Schles. Volkszeitung

Fleisch- und Wurstwaren

Richard Krusch

Verkaufsstellen:

Adalbertstraße 13, Klosterstraße 49

Matthiasstraße 166, Ohlauer Str. 87

Tiergartenstr. 26 (Ecke Kaiserstr.)

Achtung!

Bäckerei und Konditorei

P. Haupt

Peisterwitz

empfiehlt seine erstklassigen Back- und Konditorenwaren.

Gute Qualität mäßige Preise!

Bestellungen zu allen Festlichkeiten, frei Haus, werd. jederzeit entgegengenommen.

Umtausch aller Mehle in Backwaren.

WEINE

von

Herzberg & Co.

Hilfenstraße 48 Eilbörplatz 17

Leuthenstraße 18 Klosterstraße 14

Solenkestraße 17 Michaelistr. 3

sind deshalb so erstaunlich billig, weil sie in dem In- und Auslande in ganzen Waggons bezogen und sofort bezahlt werden.

Rotwein	Flasche	1.10
Südwein rotodergelb	„	1.20
Cyder süß	„	0.65
Johannisbeerwein süß	FL	0.85
Wermutwein süß	„	1.35



Margarine heissen sie alle

„BLAUBAND“

heißt nur eine: die Beste

Feinkost-Margarine



Frisch geküht

Smoking



Maurer-Hosen mit Schm. 12.50 11.00 7.50 ohne Schnitt 11.00 9.50 7.50 5.50

Zimmerer-Hosen, schwarz Leder mit Schnitt 18.50 15.50 10.50 7.50 grau und schwarz Manchester mit Schnitt 19.50 16.50 13.00 12.50

Zimmerer-Hosen, schwarz Leder mit Laiz 17.50 15.50 13.50 10.50 8.50

Dreidraht und Tuchleder-Hosen 16.50 14.50 12.50 9.50

Manchester-Hos. o. Sch. schwarz, grau, braun 19.50 15.50 13.50 11.50 9.75 7.25

Arbeiter-Hosen, gestreift Pilot und Zwirn 18.50 12.50 10.00 9.25 7.50 4.75

Maurer-Blusen 6.00 5.00 4.00

Maurer-Jacken 4.50 4.00 3.50

Sockenschoner 1.50 1.10 0.65

Zimmerer-Westen 10.50 9.50 7.50 6.00

Echtblaue Nonleur-Anzüge 11.00 9.00 8.00 7.50 5.50

Inserate

haben guten Erfolg!

Intelligenter, jüngerer Arbeitsbursche

für Auto-Werkstatt gesucht.

Breslau, Matthiasstraße 114

Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung, Zahlst. Weißstein

Freitag, 26. April 1929, abds. 6 Uhr

in der „Gemeinde-ühle“, Lichtbl. Vortrag. Thema: „Das faschistische Italien.“ Mit Heder der Zahlstehle Eintritt frei gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches. Gäste 20 Pf.

Wozu bestens e' n' adet

Die Ortsverwaltung



TELEFON 28837

müssen Sie anrufen, wenn Sie Ihre Briefbogen, Rechnungen, Preislisten, Prospekte Broschüren, Programme, Kataloge, Zeitschriften, Zeitungen usw. drucken lassen wollen. Sie werden mit uns zufrieden sein

PEUVAG

Papier-Erzeugung- und Verwertungs-AG. Berlin

Druckerei-FIL, Breslau 10, Trebnitzer Str. 50